

NOMOSLEHRBUCH

Kindhäuser | Schumann

Strafprozessrecht

8. Auflage



Nomos

NOMOSLEHRBUCH

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Kay H. Schumann

apl. Professor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-

Universität Bonn, Rechtsanwalt in Mönchengladbach

Strafprozessrecht

8. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1986-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-5525-2 (ePDF)

8. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Dieses Lehrbuch zum Strafprozessrecht ergänzt die Darstellungen des materiellen Strafrechts dieser Lehrbuchreihe. In seiner inhaltlichen Gewichtung orientiert es sich an den Erfordernissen der Ausbildung in Studium und Referendariat: Im Vordergrund stehen die allgemeinen Verfahrensgrundsätze, das Ermittlungsverfahren und die erstinstanzliche Hauptverhandlung. Bei den Rechtsmittelverfahren liegt der Schwerpunkt auf der Revision. Dass das Strafverfahrensrecht eine zentrale Rolle in der rechtspolitischen Entwicklung spielte und weiterhin spielt, sollen die Abschnitte zur Rechtshistorie und europäischen Perspektive aufzeigen.

Für die vorliegende 8. Auflage wurde das bewährte Konzept beibehalten und der Text hinsichtlich zahlreicher Gesetzesänderungen sowie jüngerer Rechtsprechung und Literatur auf den aktuellen Stand gebracht. Anregungen, Kritik (und Lob) sind weiterhin willkommen (per E-Mail an schumann@jura.uni-bonn.de).

Mein Dank gilt für diese Auflage zuvorderst Frau Rechtsreferendarin *Julia Brake* sowie ferner Frau *Maximiliane Schotes* und Frau *Jasmin Stolzenburg*, deren wache Begleitung der inhaltlichen Aktualisierung des Textes sowie tatkräftige Unterstützung bei den Korrekturen und sonstigen Fleißarbeiten mir die Arbeit deutlich erleichtert haben.

Bonn/Mönchengladbach, im Frühjahr 2025

Kay H. Schumann

Vorwort zur 5. Auflage

Mit den Vorarbeiten zu diesem Lehrbuch habe ich zwar schon in den frühen 90er Jahren begonnen, aber bis zu seinem ersten Erscheinen verging noch mehr als ein Jahrzehnt. In der Phase seiner Entstehung, in der es die heutige Gestalt annahm, und bei den anschließenden Überarbeitungen und Aktualisierungen stand mir jeweils mein damaliger Assistent, Herr Privatdozent Dr. Kay H. Schumann, mit Rat und Tat zur Seite. Seine Beiträge sind vielfach in den Text eingeflossen. Es ist mir daher eine große Freude, die Fortführung des Lehrbuchs in seine Hand zu legen. Für die inhaltliche Sachdarstellung der jetzt 5. Auflage trägt er die alleinige Verantwortung. An dieser Stelle möchte ich auch meinen anderen früheren Mitarbeitern herzlich für ihre stets wertvolle Unterstützung danken.

Bonn, im Februar 2019

Urs Kindhäuser

Dieses Lehrbuch zum Strafprozessrecht ergänzt die Darstellungen materiellen Strafrechts dieser Lehrbuchreihe. In seiner inhaltlichen Gewichtung orientiert es sich an den Erfordernissen der Ausbildung in Studium und Referendariat: Im Vordergrund stehen die allgemeinen Verfahrensgrundsätze, das Ermittlungsverfahren und die erstinstanzliche Hauptverhandlung. Bei den Rechtsmittelverfahren liegt der Schwerpunkt auf der Revision. Dass das Strafverfahrensrecht eine zentrale Rolle in der rechtspolitischen Entwicklung spielte und weiterhin spielt, sollen die Abschnitte zur Rechtshistorie und europäischen Perspektive aufzeigen.

Mit der 5. Auflage habe ich die schöne und ehrenvolle Aufgabe übernommen, das von *Urs Kindhäuser* begründete Lehrbuch fortzuführen. Die bewährte Grundkonzeption habe ich beibehalten. Der Inhalt des Buches wurde durchgehend aktualisiert und überarbeitet; die zahlreichen Gesetzesänderungen seit der Voraufgabe aus dem Sommer 2015 konnten bis Ende 2018 berücksichtigt werden. Ich habe die Übernahme des Textes zum Anlass genommen, ihn auch sprachlich und in seiner didaktischen Darstellung einmal umfassend durchzugehen. Im Zuge dessen habe ich auch den Fußnotenapparat durchgesehen und verschlankt (dies in der Hoffnung, v. a. den studentischen Leserinnen und Lesern die Vertiefung des Stoffes zu erleichtern). Den letzten Abschnitt zur „Europäischen Perspektive“ habe ich deutlich gekürzt. Mittlerweile steht in der „blauen Reihe“ des Verlages das diesbezüglich umfassende und lesenswerte Lehrbuch *Helmut Satzgers* zur Verfügung, so dass sich das hiesige allgemeine Lehrbuch entsprechend beschränken darf. Anregungen, Kritik (und Lob) sind weiterhin willkommen (per E-Mail an lehrbuch@schumann-kanzlei.de).

Bei Korrekturen und sonstigen Fleißarbeiten haben mich tatkräftig unterstützt *Dr. Lukas Schefer*, *Jakob Leonardy*, *Chioma Helen Samuel* und *Jakob Stuff*. Ich darf ihnen an dieser Stelle herzlich für ihre Mitarbeit danken.

Bonn/Düsseldorf, im Februar 2019

Kay H. Schumann

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	25
1. Abschnitt: Überblick	
§ 1 Ziele des Strafverfahrens	33
§ 2 Rechtsquellen des Strafverfahrens	38
§ 3 Gang des Strafverfahrens	40
2. Abschnitt: Ermittlungsverfahren	
§ 4 Prinzipien der Einleitung und Durchführung des Ermittlungsverfahrens	44
§ 5 Staatsanwaltschaft und Polizei	54
§ 6 Der Beschuldigte	63
§ 7 Die Verteidigung	77
§ 8 Eingriffs- bzw. Zwangsmaßnahmen	90
§ 9 Haftbefehl und Untersuchungshaft	137
§ 10 Abschluss des Ermittlungsverfahrens	157
§ 11 Das Klageerzwingungsverfahren	165
3. Abschnitt: Gerichtliches Verfahren	
§ 12 Gerichtsaufbau und Zuständigkeit	169
§ 13 Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	193
§ 14 Prozessvoraussetzungen	200
§ 15 Prozesshandlungen	210
§ 16 Das Zwischenverfahren	216
§ 17 Hauptverfahren (1. Instanz)	225
§ 18 Verfahrensprinzipien	238
§ 19 Die Verständigung im Strafverfahren	247
§ 20 Umfang der Beweisaufnahme	253
§ 21 Beweiserhebung	260
§ 22 Beweisanträge	289
§ 23 Beweisverwertung	305
§ 24 Urteil und Urteilsfindung	320

Inhaltsübersicht

§ 25	Prozessualer Tatbegriff und Rechtskraft	330
§ 26	Besondere Verfahrensarten	343
§ 27	Vollstreckungsverfahren	363
4. Abschnitt: Rechtsbehelfe		
<hr/>		
§ 28	Grundlagen	368
§ 29	Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren	377
§ 30	Berufung	383
§ 31	Revision	391
§ 32	Beschwerde	408
§ 33	Wiederaufnahme	414
5. Abschnitt: Geschichte, Reform		
<hr/>		
§ 34	Historischer Abriss	422
§ 35	Europäische Perspektive	433
	Stichwortverzeichnis	449

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	25

1. Abschnitt: Überblick

§ 1 Ziele des Strafverfahrens	33
I. Die Funktion des Strafverfahrens	33
II. Verfahrensziele des Strafverfahrens	33
1. Wahrheit	34
2. Gerechtigkeit	34
3. Rechtsbeständigkeit	35
III. Der strafprozessuale Zielkonflikt	35
1. Wahrheit und Gerechtigkeit	35
2. Wahrheit und Rechtsbeständigkeit	35
3. Gerechtigkeit und Rechtsbeständigkeit	36
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	37
§ 2 Rechtsquellen des Strafverfahrens	38
I. Verfassungsrecht	38
II. Bundesgesetze	38
III. Bundeseinheitlich geltende Verwaltungsanordnungen	39
§ 3 Gang des Strafverfahrens	40
I. Grundlagen	40
II. Die verschiedenen Verfahrensstadien	40
1. Das (ordentliche) Erkenntnisverfahren	40
2. Das Vollstreckungsverfahren	42
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	43

2. Abschnitt: Ermittlungsverfahren

§ 4 Prinzipien der Einleitung und Durchführung des Ermittlungsverfahrens	44
I. Die Einleitung des Ermittlungsverfahrens	44
1. Einleitung aufgrund privater Initiative	44
2. Einleitung von Amts wegen	45
3. Anfangsverdacht	46
II. Oficialmaxime (§ 152 Abs. 1)	47
1. Begriff	47
2. Ausnahmen	47
III. Anklagegrundsatz (§ 151)	48
IV. Legalitätsprinzip (§§ 152 Abs. 2, 170 Abs. 1)	48
1. Begriff	48
2. Durchbrechungen	49

Inhalt

V. Ermittlungsgrundsatz (§§ 155 Abs. 2, 160 Abs. 2, 244 Abs. 2)	49
1. Begriff	49
2. Abgrenzung	49
VI. Durchführung des Ermittlungsverfahrens	49
1. Vernehmung des Beschuldigten (§ 163a)	50
2. Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen (§§ 161a, 163 Abs. 3)	50
3. Durchführung sonstiger Ermittlungen	51
4. Ermittlungsrichter (§ 162)	51
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	53
§ 5 Staatsanwaltschaft und Polizei	54
I. Aufgaben der Staatsanwaltschaft	54
1. Ermittlungsverfahren	54
2. Zwischenverfahren, Hauptverhandlung und Rechtsmittel einlegung	54
3. Strafvollstreckung	55
II. Die Organisation der Staatsanwaltschaft	55
1. Organisatorischer Aufbau	55
2. Zuständigkeit	56
III. Aufgabenwahrnehmung	56
1. Gesetzliche Vertretung durch jeden Staatsanwalt	56
2. Devolutions- und Substitutionsrecht	56
3. Weisungsrecht	56
IV. Die Rolle der Staatsanwaltschaft	57
1. Bindung an Präjudizien	57
2. Ablehnung eines Staatsanwalts	58
V. Unterstützung durch die Polizei	60
1. Organisation	60
2. Weisungsbefugnis	60
3. Rolle der Polizei	61
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	62
§ 6 Der Beschuldigte	63
I. Die Terminologie	63
II. Die zeitlichen Grenzen des Beschuldigtenstatus	63
1. Der Beginn des Beschuldigtenstatus	63
2. Das Ende des Beschuldigtenstatus	65
III. Die Rechtsstellung des Beschuldigten	66
1. Die Rechte des Beschuldigten	66
2. Die Pflichten des Beschuldigten	68
IV. Die Beschuldigtenvernehmung	68
1. Der Vernehmungsbegriff	68
2. Vernehmungsdurchführung und -ablauf	69
3. Verbotene Vernehmungsmethoden	71
4. Fehlerfolgen	74
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	76

Inhalt

§ 7 Die Verteidigung	77
I. Allgemeines	77
1. Das Recht auf Verteidigung	77
2. Aufgabe des Verteidigers	77
3. Stellung des Verteidigers	77
II. Die Rechte und Pflichten des Verteidigers	78
1. Grundlagen	79
2. Die wichtigsten Rechte des Verteidigers im Überblick	80
III. Der Wahlverteidiger	82
1. Personenkreis	82
2. Mandatsverhältnis und Verteidigerausschluss	82
IV. Der Pflichtverteidiger	84
1. Notwendige Verteidigung	84
2. Bestellung	86
3. Dauer und Aufhebung	87
4. Wechsel des Pflichtverteidigers	88
5. Sicherungsverteidiger	88
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	89
§ 8 Eingriffs- bzw. Zwangsmaßnahmen	90
I. Allgemeines	90
1. Überblick	90
2. Zur Prüfung von Zwangsmaßnahmen im Gutachten	90
3. Zur Eilzuständigkeit: „Gefahr in Verzug“	90
II. Computergestützte Ermittlungsmaßnahmen	91
1. Schleppnetzfahndung (§ 163d)	91
2. Automatische Kennzeichenerfassung (163g)	91
3. Rasterfahndung (§§ 98a, 98b)	92
4. Datenabgleich (§ 98c)	92
III. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	93
1. Identitätsfeststellung (§§ 163b, 163c)	93
2. Lichtbilder und Fingerabdrücke (§ 81b)	93
3. Kontrollstellen auf Straßen und Plätzen (§ 111)	95
4. Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung (§ 163e)	95
5. Vorläufige Festnahme (§§ 127, 127b)	96
IV. Medizinische Zwangsmaßnahmen	99
1. Körperliche Untersuchung; Blutprobe (§ 81a)	99
2. DNA-Analyse (§§ 81e, 81f) und DNA-Identitätsfeststellung (§ 81g)	101
3. Untersuchung anderer Personen (§ 81c)	104
4. Unterbringung des Beschuldigten zur Beobachtung (§ 81)	105
V. Verdeckte Zwangs- bzw. Ermittlungsmaßnahmen	106
1. Zum Grundrechtsschutz bei verdeckten Maßnahmen	106
2. Längerfristige Observation (§ 163f)	107
3. Überwachung der Telekommunikation (§§ 100a ff.)	108
4. Erhebung von Verkehrs-, Standort-, Bestands- und Nutzungsdaten (§§ 100g; 100i; 100j; 100k)	112
5. Die Online-Durchsuchung (§ 100b)	115

Inhalt

6. Observierungsmaßnahmen mit technischen Mitteln (§ 100h Abs. 1 Nr. 1 und 2)	116
7. Der „kleine“ Lauschangriff (§ 100f)	116
8. Der „große“ Lauschangriff (§ 100c Abs. 1)	117
9. Einsatz Verdeckter Ermittler (§§ 110a ff.)	120
10. Sonstige „legendierte“ Maßnahmen	123
VI. Sicherstellungen und Beschlagnahmen	124
1. Sicherstellung und Beschlagnahme nach §§ 94 ff.	124
2. Sicherstellung und Beschlagnahme nach §§ 111b ff.	127
VII. Führerscheinbeschlagnahme und vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis nach §§ 94 Abs. 3, 111a	128
1. Allgemeines	128
2. Voraussetzungen und Wirkung von § 111a	128
VIII. Durchsuchung (§§ 102 ff.)	129
1. Allgemeines	129
2. Voraussetzungen	129
3. Ende der Durchsuchung und weitere Maßnahmen	133
IX. Verfahrenssichernde Maßnahmen	133
1. Fahndung (§§ 131 ff.)	133
2. Sonstige Maßnahmen (§ 132)	134
X. Ermittlungshandlungen gegen Berufsgeheimnisträger	135
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	135
§ 9 Haftbefehl und Untersuchungshaft	137
I. Allgemeines	137
1. Begriff und Zweck der Untersuchungshaft	137
2. Verhältnismäßigkeit	138
3. Sonderformen	138
II. Materielle Voraussetzungen der Untersuchungshaft	138
1. Dringender Tatverdacht (§ 112 Abs. 1 S. 1)	138
2. Haftgründe	139
a) Flucht oder Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 1 und 2)	139
b) Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3)	142
c) Tatverdacht bezüglich eines Kapitaldelikts (§ 112 Abs. 3)	143
d) Wiederholungsgefahr (§ 112a)	143
3. Verhältnismäßigkeit (§§ 112 Abs. 1 S. 2, 113)	144
4. Sonderkonstellationen	145
III. Erlass des Haftbefehls	145
1. Form und Inhalt (§ 114)	145
2. Zuständigkeit	146
IV. Vollstreckung des Haftbefehls	147
1. Verhaftung	147
2. Vorgehen nach der Verhaftung	147
3. Folgeentscheidungen	147
4. Notwendige Verteidigung	148

Inhalt

V. Überprüfung des Haftbefehls	148
1. Rechtsbehelfe des Beschuldigten	148
2. Haftprüfung von Amts wegen	150
VI. Aufhebung des Haftbefehls	150
1. Aufhebung nach § 120 Abs. 1	150
2. Aufhebung bis zur Klageerhebung nach § 120 Abs. 3	151
3. Aufhebung nach Haft von über sechs Monaten gem. § 121 Abs. 1 und 2	151
4. Aufhebung nach Haft von einem Jahr gem. § 122a	152
VII. Aussetzung des Vollzugs (§ 116)	153
1. Haftverschonung	153
2. Einzelheiten	153
3. Wiederinvollzugsetzung	153
VIII. Vollzug der Untersuchungshaft	154
IX. Gutachten	155
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	155
§ 10 Abschluss des Ermittlungsverfahrens	157
I. Erhebung der öffentlichen Klage	157
1. Regelfall	157
2. Besondere Formen der Klageerhebung	157
3. Staatsanwaltschaftlicher Abschlussvermerk	158
II. Einstellung des Verfahrens (§ 170 Abs. 2)	158
III. Einstellung aus Opportunitätsgründen (§§ 153 ff.)	158
1. Systematik	159
2. Bagatelldinge (§ 153)	159
3. Einstellung bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen (§ 153a)	161
4. Unwesentliche Nebenstraftaten und Verfolgungsbeschränkungen (§§ 154, 154a)	162
5. Weitere Einstellungsmöglichkeiten	163
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	163
§ 11 Das Klageerzwingungsverfahren	165
I. Allgemeines	165
II. Voraussetzungen	166
1. Antrag	166
2. Verletzter	166
3. Einschränkungen (§ 172 Abs. 2 S. 3)	166
III. Gang des Verfahrens	166
1. Einstellungsverfügung durch die StA	166
2. Einstellungsbeschwerde	167
3. Antrag auf gerichtliche Entscheidung	167
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	168
3. Abschnitt: Gerichtliches Verfahren	
§ 12 Gerichtsaufbau und Zuständigkeit	169
I. Der Grundsatz des gesetzlichen Richters	169

II. Die sachliche Zuständigkeit erster Instanz und die Verteilung der Strafsachen	170
1. Gerichtsaufbau und Besetzung der Spruchkörper	170
2. Die erstinstanzliche Verteilung der Strafsachen	171
3. Der Verstoß gegen die sachliche Zuständigkeit	176
4. Verbindung und Trennung zusammenhängender Sachen	177
III. Zuständigkeit in Rechtsmittelsachen	180
1. Berufungsgerichte	180
2. Revisions- und Beschwerdegerichte	180
IV. Die örtliche Zuständigkeit	185
1. Allgemeines	185
2. Der Gerichtsstand des Tatorts (§ 7)	185
3. Der Gerichtsstand des Wohnsitzes oder Aufenthaltsorts (§ 8)	186
4. Der Gerichtsstand des Ergreifungsortes (§ 9)	186
5. Zuständigkeitsbestimmung durch den BGH (§ 13a)	186
6. Zusammentreffen mehrerer Gerichtsstände (§ 12)	186
7. Der Gerichtsstand des Zusammenhanges (§ 13)	186
8. Verhinderung des zuständigen Gerichts (§ 15)	187
V. Die funktionelle Zuständigkeit	187
1. Begriff und Reichweite	187
2. Die gerichtliche Prüfung der funktionellen Zuständigkeit	188
VI. Die Behandlung von Kompetenzkonflikten	189
1. Sachlicher Kompetenzkonflikt	189
2. Örtlicher und funktioneller Kompetenzkonflikt	190
VII. Die Schöffen	190
1. Verfahrensrechtliche Stellung und Funktion	190
2. Auswahl	190
3. Mitwirkungsrechte	191
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	192
§ 13 Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	193
I. Ausschließung von Richtern	193
1. Eigene Verletzung durch die Straftat	193
2. Näheverhältnis zum Beschuldigten oder Verletzten	193
3. Vorbefassung in der Strafsache	194
II. Ablehnung von Richtern	195
1. Ablehnung wegen Ausschlusses von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes	195
2. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	195
3. Ablehnungsverfahren	197
III. Ausschließung und Ablehnung übriger Gerichtspersonen (§ 31)	199
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	199
§ 14 Prozessvoraussetzungen	200
I. Begriff	200
II. Einzelne wichtige Prozessvoraussetzungen	200
1. Zuweisung an bestimmte Gerichte	201
2. Umstände in der Person des Beschuldigten	201
3. Verfolgbarkeit der konkreten Sache	202

Inhalt

III. Prozessvoraussetzungen und Verfassungsrecht	205
1. Rechtswidriger Lockspitzeinsatz	205
2. Überlange Verfahrensdauer	206
3. Kurze Lebenserwartung des Beschuldigten	206
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip	206
IV. Prozessvoraussetzungen und der Grundsatz in dubio pro reo	207
V. Das Fehlen von Prozessvoraussetzungen	208
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	209
§ 15 Prozesshandlungen	210
I. Begriff	210
II. Wirksamkeitsvoraussetzungen	210
1. Allgemeines	210
2. Widerruflichkeit	211
3. Willensmängel	212
4. Form	213
III. Fristen	214
1. Begriffe	214
2. Folgen der Fristversäumung	214
3. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	214
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	215
§ 16 Das Zwischenverfahren	216
I. Allgemeines	216
II. Erlass eines Eröffnungsbeschlusses (§§ 203 ff.)	217
1. Voraussetzungen, Inhalt und Form	217
2. Zulassung der Klage mit Änderungen	218
3. Bindungswirkung	218
4. Fehlender oder mangelhafter Eröffnungsbeschluss	220
III. Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	222
1. Voraussetzung und Inhalt des Nichteröffnungsbeschlusses	222
2. Anfechtung und Rechtskraft	222
3. Vorläufige Einstellung des Strafverfahrens	222
4. Einstellung aus Opportunitätsgründen	223
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	224
§ 17 Hauptverfahren (1. Instanz)	225
I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	225
1. Terminsbestimmung (§ 213)	225
2. Ladungen	226
3. Zustellung des Eröffnungsbeschlusses	226
4. Kommissarische Beweisaufnahme	226
5. Herbeischaffung der Beweisgegenstände	227
6. Mitteilung der Gerichtsbesetzung	227
7. Mitteilungen an Verletzte	228
II. Die Hauptverhandlung	228
1. Der Gang der Hauptverhandlung	228
2. Die anwesenden Personen	230

Inhalt

3. Die Öffentlichkeit	231
4. Die Leitung der Hauptverhandlung	233
5. Fragerechte	233
6. Hinweis- und Fürsorgepflichten	234
7. Das Hauptverhandlungsprotokoll	235
8. Aussetzung und Unterbrechung der Hauptverhandlung	236
III. Rechtsbehelfe im Hauptverfahren	237
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	237
§ 18 Verfahrensprinzipien	238
I. Grundsätze, die für das gesamte Erkenntnisverfahren gelten	238
1. Unschuldsvermutung	238
2. Beschleunigungsgrundsatz	239
3. Verhältnismäßigkeitsprinzip	240
4. Grundsatz des fairen Strafverfahrens	241
II. Grundsätze, die für Richterinnen und Richter im gesamten Strafverfahren gelten	241
1. Richterliche Unabhängigkeit	241
2. Grundsatz des gesetzlichen Richters	243
3. Grundsatz des rechtlichen Gehörs	243
4. Grundsatz der gerichtlichen Fürsorge	244
III. Grundsätze, die nur in der Hauptverhandlung gelten	244
1. Konzentrationsmaxime	244
2. Öffentlichkeitsgrundsatz	245
3. Mündlichkeitsprinzip	245
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	246
§ 19 Die Verständigung im Strafverfahren	247
I. Allgemeines	247
1. Begriff	247
2. Die gesetzliche Regelung	247
II. Gegenstand der verfahrensbeendenden Verständigung	249
III. Zustandekommen und Fehlschlag der Verständigung	250
1. Formelle Verfahrensverständigung	250
2. Voraussetzungen und Folgen eines Fehlschlags	251
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	252
§ 20 Umfang der Beweisaufnahme	253
I. Überblick über die Beweisaufnahme	253
II. Terminologie des Beweisrechts	254
III. Beweistatsachen	254
1. Haupttatsachen	255
2. Indiztatsachen	255
3. Hilfstatsachen	255
4. Erfahrungssätze	256
5. Ausländisches Recht und inländisches Gewohnheitsrecht	256

Inhalt

IV. Beweisbedürftigkeit	256
1. Allgemeinkundige Tatsachen	256
2. Gerichtskundige Tatsachen	257
V. Untersuchungsgrundsatz	257
1. Inhalt	257
2. Umfang	258
VI. Beweisantragsrecht	258
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	259
§ 21 Beweiserhebung	260
I. Allgemeines	260
1. Beweismittelarten	260
2. Streng- und Freibeweisverfahren	260
II. Der Zeugenbeweis	261
1. Begriff	261
2. Zeugnisfähigkeit	261
3. Beweisgegenstand	264
4. Pflichten des Zeugen	265
5. Beschränkungen der Zeugenpflichten bei staatlichen Personengruppen	266
6. Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte	266
7. Gang der Zeugenvernehmung	273
8. Zeugenschutz	275
III. Der Sachverständigenbeweis	275
1. Begriff des Sachverständigen	275
2. Abgrenzung zum sachverständigen Zeugen	276
3. Begriff der Tatsachen beim Sachverständigengutachten	277
4. Rechte und Pflichten des Sachverständigen	277
5. Ablehnung des Sachverständigen	278
6. Belehrungspflichten	279
7. Der Sachverständige in der Hauptverhandlung	280
IV. Der Urkundenbeweis	280
1. Begriff der Urkunde und des Urkundenbeweises	280
2. Zulässigkeit	281
3. Beweisführung	281
V. Der Augenscheinsbeweis	281
1. Begriff des Augenscheins	281
2. Abgrenzung zur Urkunde	281
3. Beweisführung	282
VI. Grundsätze der Beweiserhebung	282
1. Unmittelbarkeit	282
2. Öffentlichkeit und Mündlichkeit	286
3. Rechtliches Gehör	287
VII. Beweiserhebungsverbote	287
1. Beweisthemaverbote	287
2. Beweismittelverbote	287
3. Beweismethodenverbote	287
4. Relative Beweiserhebungsverbote	287
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	288

Inhalt

§ 22	Beweisanträge	289
I.	Beweisantragsrecht und gerichtliche Aufklärungspflicht	289
1.	Unterschiedliche Anforderungen	289
2.	Bedeutung des Beweisantragsrechts	289
II.	Begriffe	290
1.	Beweisantrag	290
2.	Beweisermittlungsantrag	293
3.	Beweisanregung	293
4.	Beweiserbieten	294
5.	Prozessual bedingte Beweisanträge, Hilfs- und Eventualbeweisanträge	294
III.	Beweisantragsstellung	295
1.	Antragsberechtigung	295
2.	Form	296
3.	Zeitpunkt	296
IV.	Ablehnung von Beweisanträgen	296
1.	Allgemeines	296
2.	Nicht präsente Beweismittel	298
3.	Präsente Beweismittel	303
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	304
§ 23	Beweisverwertung	305
I.	Beweisverwertungsverbote	305
1.	Unselbständige Beweisverwertungsverbote	305
2.	Selbständige Beweisverwertungsverbote	313
II.	Beweiswürdigung	314
1.	Gebundene und freie Beweiswürdigung	314
2.	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	315
3.	Grundlage der Überzeugung	315
4.	Grundlage der Überzeugungsbildung	316
III.	In dubio pro reo	317
1.	Der Grundsatz	317
2.	Der Anwendungszeitpunkt	317
3.	Der Anwendungsgegenstand	318
4.	Die Anwendungsmethode	319
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	319
§ 24	Urteil und Urteilsfindung	320
I.	Terminologie	320
1.	Überblick	320
2.	Urteile	320
3.	Beschlüsse	321
4.	Verfügungen	322
II.	Verfahrensablauf	322
III.	Die Urteilsfindung	322
1.	Der Gegenstand der Urteilsfindung	322
2.	Beratung	322
3.	Abstimmung	323

Inhalt

IV. Die Urteilsverkündung	323
1. Das Verlesen der Urteilsformel	324
2. Die Eröffnung der Urteilsgründe	325
V. Die Urteilsurkunde	325
1. Funktion	325
2. Aufbau und Inhalt	326
VI. Berichtigung des Urteils	327
1. Berichtigung der Urteilsformel	328
2. Berichtigung der Urteilsgründe	329
VII. Nichtigkeit des Urteils	329
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	329
§ 25 Prozessualer Tatbegriff und Rechtskraft	330
I. Die Tat im prozessualen Sinne	330
1. Der Prozessgegenstand	330
2. Funktionen des prozessualen Tatbegriffs	330
3. Inhalt des prozessualen Tatbegriffs	332
II. Die Rechtskraft	336
1. Formelle Rechtskraft	336
2. Materielle Rechtskraft	337
3. Rechtskraft von Beschlüssen	337
4. Rechtskraft und prozessualer Tatbegriff	338
III. Schaubild: Der Zusammenhang von prozessualer Tat und Rechtskraft	342
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	342
§ 26 Besondere Verfahrensarten	343
I. Strafbefehlsverfahren	343
1. Allgemeines	343
2. Voraussetzungen	343
3. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	344
4. Der Einspruch	345
5. Anhängigkeit und Rechtshängigkeit	347
6. Rechtskraft	348
II. Sicherungsverfahren	348
1. Allgemeines	348
2. Voraussetzungen	349
3. Verfahrensablauf	349
III. Beschleunigtes Verfahren	351
1. Allgemeines	351
2. Verfahrensablauf	351
3. Berufungs- und Revisionsinstanz	353
IV. Privatklageverfahren	354
1. Allgemeines	354
2. Voraussetzungen	354
3. Verfahrensablauf	355

Inhalt

V. Nebenklageverfahren	356
1. Allgemeines	356
2. Voraussetzungen	357
3. Rechte und Pflichten des Nebenklägers	358
VI. Adhäsionsverfahren	358
1. Allgemeines	358
2. Voraussetzungen	359
3. Verfahren	359
VII. Verfahren bei Einziehung und Vermögensbeschlagnahme	360
1. Verfahren bei Einziehung (§§ 430 – 442)	360
2. Verfahren bei Vermögensbeschlagnahme (§ 443)	360
VIII. Sonstiges	360
1. Rechte des Verletzten	360
2. Zeugenschutz	362
3. Entschädigung	362
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	362
§ 27 Vollstreckungsverfahren	363
I. Allgemeines	363
II. Zuständigkeit für die Strafvollstreckung	363
III. Voraussetzungen der Strafvollstreckung	363
IV. Vollstreckung von Geld- und Freiheitsstrafe	364
V. Aufgaben der Gerichte im Rahmen der Strafvollstreckung	364
1. Entscheidungen nach § 458	364
2. Entscheidungen der Strafvollstreckungskammer	365
3. Zurückstellung der Strafvollstreckung	365
VI. Rechtsbehelfe	365
1. Gegen Entscheidungen des Rechtspflegers	365
2. Gegen Entscheidungen der StA	366
3. Gegen gerichtliche Entscheidungen	366
4. Gegen Entscheidungen des Generalstaatsanwalts	366
5. Dienstaufsichtsbeschwerde	366
VII. Register	366
1. Bundeszentralregister („Strafregister“)	366
2. Länderübergreifende staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister	367
3. Fahreignungsregister	367
4. Gewerbezentralregister und Wettbewerbsregister	367
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	367

4. Abschnitt: Rechtsbehelfe

§ 28 Grundlagen	368
I. Allgemeines	368
1. Formlose Rechtsbehelfe	368
2. Förmliche Rechtsbehelfe	368
II. Zulässigkeit eines Rechtsmittels	369
1. Zuständigkeit	369

Inhalt

2. Statthaftigkeit	370
3. Befugnis	370
4. Beschwer	371
5. Ordnungsgemäße Einlegung	373
6. Begründung	374
7. Verzicht, Rücknahme und Beschränkung	374
8. Rechtsmissbrauch und Verwirkung	375
III. Begründetheit eines Rechtsmittels	376
IV. Umfang der Anfechtung bei Berufung und Revision	376
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	376
§ 29 Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren	377
I. Die rechtliche Ausgangslage	377
1. Der Rechtsschutz gegen Ermittlungsmaßnahmen	377
2. Der Rechtsschutz gegen Prozesshandlungen	377
II. Verdeckte und offene Ermittlungsmaßnahmen	378
1. Rechtsgrundlagen	378
2. Das Verhältnis der bisher anerkannten Rechtsbehelfe zu § 101 Abs. 7	379
3. Zeitliche Perspektive des Rechtsschutzes durch § 101 Abs. 7	379
4. Rechtsschutz gegen die Art und Weise der Durchführung einer Zwangsmaßnahme	380
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	382
§ 30 Berufung	383
I. Zulässigkeit der Berufung	383
1. Statthaftigkeit	383
2. Berufungsberechtigung	383
3. Form und Frist der Berufungseinlegung	384
4. Annahmoberufung	385
5. Kein Rechtsmittelverzicht	385
6. Keine Rechtsmittelrücknahme	385
7. Folgen einer unzulässigen Berufung	385
II. Begründetheit der Berufung	385
1. Unzuständigkeit des erstinstanzlichen Gerichts	385
2. Anderes Ergebnis als die Vorinstanz	386
3. Folgen einer unbegründeten Berufung	386
III. Berufungsverfahren	386
1. Einlegung der Berufung	387
2. Berufungsbegründung	387
3. Vorprüfung (I) durch das AG	388
4. Vorprüfung (II) durch das Berufungsgericht	388
5. Vorbereitung der Berufungshauptverhandlung	388
6. Berufungshauptverhandlung	388
7. Ausbleiben des Angeklagten in der Hauptverhandlung	389
8. Berufungsentscheidung	389
IV. Rechtsmittel	390
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	390

Inhalt

§ 31	Revision	391
I.	Allgemeines	391
II.	Zulässigkeit	391
1.	Statthaftigkeit und Zuständigkeit	391
2.	Wirksame Einlegung	392
3.	Antrag und Begründung	393
4.	Keine Rücknahme, kein Verzicht	394
III.	Begründetheit	394
1.	Gesetzesverletzungen	394
2.	Verfahrenshindernisse	394
3.	Verfahrensrügen (Grundlagen)	394
4.	Verfahrensrügen (relative Revisionsgründe)	397
5.	Verfahrensrügen (absolute Revisionsgründe)	399
6.	Sachrügen	404
IV.	Gerichtliche Entscheidungsmöglichkeiten	405
1.	Beschluss	405
2.	Urteil	406
V.	Nebenklägerrevision	406
VI.	Revisionserstreckung auf Mitverurteilte	407
VII.	Bindungswirkung und Verschlechterungsverbot	407
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	407
§ 32	Beschwerde	408
I.	Allgemeines	408
II.	Zulässigkeit der (einfachen) Beschwerde	408
1.	Zuständigkeit	408
2.	Statthaftigkeit	409
3.	Beschwerdebefugnis	410
4.	Form und Frist	411
III.	Verfahren und Entscheidungen	411
1.	Abhilfeverfahren	411
2.	Vorlage	411
3.	Entscheidung des Beschwerdegerichts	411
IV.	Sofortige Beschwerde (§ 311)	412
V.	Weitere Beschwerde (§ 310)	412
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	413
§ 33	Wiederaufnahme	414
I.	Allgemeines	414
II.	Verfahren	415
1.	Überblick	415
2.	Zulässigkeitsprüfung	415
3.	Begründetheitsprüfung	416
4.	Anordnung der Wiederaufnahme	416
5.	Erneute Hauptverhandlung	417
6.	Neue Entscheidung	417
III.	Wiederaufnahme bei Strafbefehlen (§ 373a)	418

Inhalt

IV. Einzelne Wiederaufnahmegründe	418
1. Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten	418
2. Der Wiederaufnahmegrund des § 359 Nr. 5	419
3. Die Wiederaufnahme zuungunsten des Verurteilten	420
4. Der Wiederaufnahmegrund des § 362 Nr. 4	420
5. Der (nichtige) Wiederaufnahmegrund des § 362 Nr. 5	421
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	421
5. Abschnitt: Geschichte, Reform	
<hr/>	
§ 34 Historischer Abriss	422
I. Das germanische Rechtsdenken	422
II. Die Entwicklung zum Inquisitionsprozess	423
III. Rezeption und CCC	424
IV. Der gemeine deutsche Strafprozess	425
V. Der reformierte deutsche Strafprozess	426
1. Die Abschaffung der Folter	426
2. Die Umgestaltung von Verfahrensgang und Gerichtsverfassung	427
VI. Einführung der RStPO und des GVG	428
VII. Die Entwicklung bis 1933	429
VIII. Die Zeit des Nationalsozialismus	429
IX. Die Entwicklung des Strafprozessrechtes seit 1945	430
§ 35 Europäische Perspektive	433
I. Ebenen der „Europäisierung“	433
II. Einflüsse des Europarechts	435
III. Einflüsse der PJZS	436
1. Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	436
2. Europäischer Haftbefehl	437
3. Erlangung von Beweismitteln	440
IV. Strafverfolgungsinstitutionen auf europäischer Ebene	441
1. Europol	441
2. Eurojust	442
3. OLAF	443
4. Europäische Staatsanwaltschaft	443
V. Einflüsse des SDÜ auf das Strafverfahren	444
1. Allgemeines	444
2. Ne bis in idem	444
3. Schengener Informationssystem	446
Stichwortverzeichnis	449

1. Abschnitt: Überblick

§ 1 Ziele des Strafverfahrens

I. Die Funktion des Strafverfahrens

Während das materielle Strafrecht bestimmte Rechtsgüter vor Verletzung oder Gefährdung schützt, indem es die Geltung von Normen mittels Strafe garantiert,¹ stellt das Strafverfahrensrecht Instrumente für eine geregelte Bewältigung strafrechtlicher Konflikte zur Verfügung.² Und schon der Verdacht, es sei gegen ein strafrechtliches Ge- oder Verbot verstoßen worden, wird hierbei als **strafrechtlicher Konflikt** verstanden.³ Denn bereits die begründete Möglichkeit, dass jemand ein Strafgesetz gebrochen und damit dessen Geltung in Frage gestellt haben könnte, stört den **Rechtsfrieden**.⁴ Der Rechtsfrieden wird wiederhergestellt, indem der strafrechtliche Konflikt gelöst wird. Dazu muss die Ursache des strafrechtlichen Konflikts beseitigt werden: Der Zweifel an der Geltung der Norm.

Der durch den Verdacht aufgekommene Zweifel an der Geltung der Norm kann dadurch ausgeräumt werden, dass der Verdacht entkräftet wird, wenn sich also bei näherer Untersuchung herausstellt, dass die Normgeltung in Wahrheit von niemandem (schuldhaft) in Frage gestellt wurde. Bestätigt sich der Verdacht jedoch, so ist die Strafe das Mittel, um zu demonstrieren, dass der Normbruch unmaßgeblich ist, die Norm also weiterhin als verbindliches Orientierungsmuster gelten soll.

Damit das Strafrecht seinen Zweck erfüllen kann, Rechtsgüterschutz durch die Normgeltungsgarantie zu gewährleisten, bedarf es also zweierlei: In einem ersten Schritt muss dem Verdacht durch Sachverhaltsermittlung nachgegangen werden, um zu klären, ob der Normwiderspruch tatsächlich stattgefunden hat. Ist dies der Fall, müssen in einem zweiten Schritt die Sanktionsnormen⁵ des materiellen Strafrechts zur Anwendung kommen. Beide Schritte geschehen durch Strafverfolgung und Strafvollstreckung im Rahmen eines **Strafverfahrens**.

II. Verfahrensziele des Strafverfahrens

Als Verfahrensziele werden allgemein **Wahrheit, Gerechtigkeit und Rechtsbeständigkeit**⁶ genannt. Diese Verfahrensziele sind für die Bewältigung des strafrechtlichen Konflikts und damit die Wiederherstellung und Erhaltung des Rechtsfriedens unerlässlich.

1 Zur Wiederholung s. nur *Kindhäuser/Zimmermann* AT § 2 Rn. 6 mwN.

2 Näher zum engen Zusammenhang von Straf- und Strafverfahrensrecht NK-*Hassemer/Neumann* Vor § 1 Rn. 198 ff.

3 *Ranft* Rn. 4; *Schilling*, *Illegale Beweise*, 2004, 43.

4 Vgl. BGHSt 18, 274 (278); KMR-*Kulhanek* Einl. Rn. 79; *Hellmann* Rn. 5.

5 Zur Erinnerung: Als „Sanktionsnormen“ wenden sich die Strafgesetze an den Rechtsstab – StA und Gerichte –, indem sie ihm vorschreiben, dass jemand unter bestimmten Umständen zu verfolgen und zu bestrafen ist.

6 In einem gleichbedeutenden Sinne ist häufig von Rechtsfrieden die Rede, vgl. z. B. BGHSt 45, 37 (38); *Volk/Engländer* § 3 Rn. 1, 4; Überblick über das Meinungsbild bezüglich der Wiederherstellung des Rechtsfriedens als Ziel des Strafverfahrens und mit diesbezüglich kritischer Wertung *Dölling Beulke-FS* 679 (680 ff.).

§ 1 1. Abschnitt: Überblick

1. Wahrheit

- 5 Der Verdacht einer Straftat, der den strafrechtlichen Konflikt begründet, ist für sich allein noch keine hinreichende Grundlage, um das materielle Strafrecht anwenden zu können: Auf Verdacht hin darf niemand bestraft werden.⁷ Zum einen kann sich herausstellen, dass der Verdacht unbegründet ist, also keine Straftat begangen wurde. Dann hat sich der strafrechtliche Konflikt bereits durch diese Feststellung erledigt. Zum anderen kann sich der Verdacht aber auch bestätigen. Dann ist die Wahrheit die notwendige Grundlage, um den Sachverhalt unter das Strafgesetz subsumieren zu können. Ehe das materielle Strafrecht zur Anwendung kommen kann, muss deswegen die Wahrheit ermittelt werden.⁸ Die Wahrheitserforschung ist mithin eine wesentliche Voraussetzung, um den strafrechtlichen Konflikt lösen zu können, und daher ein Ziel des Strafverfahrens.⁹

2. Gerechtigkeit

- 6 Die Lösung des strafrechtlichen Konflikts geschieht, sofern eine Straftat aufgeklärt wurde, regelmäßig im Wege der Anwendung materiellen Strafrechts.¹⁰ Die Durchsetzung des materiellen Strafrechts ist daher nach allg. Ansicht¹¹ ein zentraler Aspekt des Strafverfahrens. Wird das materielle Strafrecht fehlerhaft angewendet, so droht der strafrechtliche Konflikt offen zu bleiben. Des Weiteren kann die fehlerhafte Rechtsanwendung als solche den Rechtsfrieden stören. Das Strafverfahren muss sich daher die materielle Richtigkeit des Urteils zum Ziel setzen, also **materielle Gerechtigkeit** anstreben.¹²
- 7 Dass dabei nicht jedes Mittel recht sein kann, dürfte selbstverständlich sein. Denn ein Strafverfahren, das zwar einerseits den durch den Straftatverdacht entstandenen strafrechtlichen Konflikt beilegt, andererseits dabei aber den Rechtsfrieden in anderer Weise stört (etwa indem die Ermittlungen Rechte verletzen,¹³ weil z. B. Geständnisse gewaltsam erpresst werden), wäre mehr oder weniger sinnwidrig. Das Strafverfahrensrecht muss daher auf die **gegenläufigen Interessen** der Beteiligten Rücksicht nehmen, insbesondere die Grenzen bestimmen, die der staatlichen Strafverfolgung zugunsten der Rechte des Einzelnen gezogen sind (z. B. § 136a).¹⁴ Ziel des Strafverfahrens ist somit nicht nur das Erreichen materieller Gerechtigkeit durch ein materiell richtiges Urteil, sondern auch die Verwirklichung **prozeduraler Gerechtigkeit** im Sinne der Verfassungs- und Rechtmäßigkeit der Verfahrensweise.¹⁵

7 Vgl. BGHSt 18, 274 (275 f.); KMR-Kulhanek Einl. Rn. 109.

8 Kramer Rn. 13; Krauß Schaffstein-FS 411; Schmidhäuser Schmidt-FS 511 (512).

9 BGHSt 12, 1 (6); 47, 62 (65); 49, 112 (120); Beulke/Swoboda Rn. 8; KMR-Kulhanek Einl. Rn. 108 ff.; Kramer Rn. 13; Krey Rn. 20; R/H-Radtke Einl. Rn. 8.

10 Das Strafverfahren kann den strafrechtlichen Konflikt in geeigneten Fällen aber auch anderweitig lösen, s. zB §§ 153 ff.

11 BVerfGE 20, 45 (49); 80, 367 (378); 100, 313 (389); 107, 104 (118 f.); Beulke/Swoboda Rn. 8; KMR-Kulhanek Einl. Rn. 164 ff.; Joecks Einl. Rn. 4; Krey Rn. 2; Schmidhäuser Schmidt-FS 511 f.; vgl. Peters Welzel-FS 415 (416 f.); synonym spricht man von der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs.

12 Kramer Rn. 13; Neumann ZStW 101 (1989), 52; Roxin/Schünemann § 1 Rn. 3; Schmidhäuser Schmidt-FS 511 (512).

13 Vgl. Volk/Engländer § 3 Rn. 1.

14 Roxin/Schünemann § 1 Rn. 1 ff.

15 Vgl. Beulke/Swoboda Rn. 10; Neumann ZStW 101 (1989), 52 (60 ff.); Putzke/Scheinfeld Rn. 14; Roxin/Schünemann § 1 Rn. 3; Volk/Engländer § 3 Rn. 5.

3. Rechtsbeständigkeit

Schließlich führt die Bewältigung des strafrechtlichen Konflikts nur dann zu dauerhaftem Rechtsfrieden, wenn der Konflikt nicht wieder neu aufleben kann.¹⁶ Seine Beilegung muss daher Bestand haben können.¹⁷ Dafür sorgt die **Rechtskraft** des Urteils und bestimmter anderer verfahrensabschließender Entscheidungen.¹⁸

8

III. Der strafprozessuale Zielkonflikt

Die Verfahrensziele der Wahrheit, der materiellen und prozeduralen Gerechtigkeit sowie der Rechtsbeständigkeit sind in mancher Hinsicht divergent, stehen daher in einem instabilen Verhältnis zueinander und müssen regelmäßig austariert werden. Viele strafprozessuale Probleme resultieren daraus, dass die Verfahrensziele miteinander konkurrieren. Solche Probleme lassen sich daher nur mit Blick auf das Verhältnis der Verfahrensziele zueinander verstehen:

9

1. Wahrheit und Gerechtigkeit

► **Fall 1:** In dem Strafverfahren gegen den Beschuldigten B beschlagnahmt die StA zahlreiche Briefe, die B und seine Eltern einander geschrieben hatten. Ihr Inhalt erhärtet den Tatverdacht deutlich. ◀

Die materielle Gerechtigkeit setzt Wahrheit voraus.¹⁹ Diese beiden Verfahrensziele sind also konvergent. Prozedurale Gerechtigkeit und Wahrheit können hingegen miteinander in Konflikt geraten: So muss die Wahrheit „nicht um jeden Preis“ erforscht werden; sie tritt vielmehr in den Hintergrund, wenn es vorrangige Interessen zu schützen gilt.²⁰ So würde es in **Fall 1** zwar der Wahrheitsfindung dienen, wenn die beschlagnahmten Briefe als Beweismittel verwertet werden würden. Jedoch ginge dies auf Kosten des von §§ 52 Abs. 1 Nr. 3 geschützten innerfamiliären Vertrauensverhältnisses, weshalb § 97 Abs. 1 Nr. 1 die Beschlagnahme entsprechender schriftlicher Mitteilungen verbietet. Aus dem Verstoß gegen diese Vorschrift folgt ein Beweisverwertungsverbot hinsichtlich der Briefe.²¹ Umgekehrt kann aber auch die prozedurale Gerechtigkeit in den Hintergrund treten, wenn sie nur geringfügig betroffen ist und das Interesse an Wahrheit und materieller Gerechtigkeit überwiegt. So sind etwa Blutproben als Beweismittel nach allg. Ansicht auch dann verwertbar, wenn sie entgegen § 81a Abs. 1 S. 2 nicht von einem Arzt entnommen wurden.²²

10

2. Wahrheit und Rechtsbeständigkeit

► **Fall 2:** Die Angeklagte A wird nach umfangreicher Beweisaufnahme freigesprochen. Einige Jahre nach Rechtskraft des Urteils taucht ein weiterer Zeuge, der lange Zeit im Ausland gewesen war, auf. ◀

16 *Beulke/Swoboda* Rn. 11; *Volk/Engländer* § 3 Rn. 1; vgl. ferner BGHSt 18, 274 (278).

17 *Volk/Engländer* § 3 Rn. 1.

18 BGHSt 7, 283 (285); *KMR-Kulhanek* Einl. Rn. 178; *Krey* Rn. 30.

19 *Krauβ* Schaffstein-FS 411; *Neumann* ZStW 101 (1989), 52; *Schmidhäuser* Schmidt-FS 511 (512).

20 BGHSt 14, 358 (365); 38, 214 (220); 372 (374).

21 Vgl. nur *MK-Hauschild* § 97 Rn. 61 mwN; näher unten § 23 Rn. 3 ff.

22 S. BGHSt 24, 125 (130 f.); näher hierzu § 23 Rn. 29 mit Fall 3.

§ 1 1. Abschnitt: Überblick

- 11 Es kann sich nach Rechtskraft eines Urteils herausstellen, dass die Wahrheit noch gar nicht vollständig zu Tage getreten ist (beispielsweise wenn der freigesprochene Angeklagte die Tat doch noch glaubwürdig gesteht)²³. Soweit die Aufrechterhaltung des Urteils hier ein „unerträgliches Zurückweichen vor dem Recht“²⁴ bedeuten würde, sieht das Strafverfahrensrecht in engen Grenzen die Möglichkeit der Wiederaufnahme vor.²⁵ Allerdings muss das Strafverfahrensrecht aber über Zweifel unterhalb einer solchen „Erträglichkeitsschwelle“ hinwegsehen, um zu verhindern, dass das mit der rechtskräftigen Entscheidung gesprochene „letzte Wort“ der strafrechtlichen Konfliktbeilegung allzu leicht in Frage gestellt werden kann. Ein Beispiel dafür ist **Fall 2**.

3. Gerechtigkeit und Rechtsbeständigkeit

- **Fall 3:** S hat versucht, sich umzubringen. StA und Gericht sind der Ansicht, dass Suizid nach § 212 StGB als Totschlag strafbar sei. Das Gericht verurteilt daher den S wegen versuchten Totschlags. ◀
- 12 Materielle und prozedurale Gerechtigkeit einerseits und Rechtsbeständigkeit andererseits stehen insoweit in Konflikt,²⁶ als auch eine in der Rechtsauslegung unrichtige, also ungerechte, Entscheidung rechtskräftig werden kann. Wie im Verhältnis von Wahrheit und Rechtsbeständigkeit zueinander gilt auch hier, dass nicht jeder Zweifel an der Gerechtigkeit der rechtskräftigen Entscheidung ausreichend sein darf, um sie angreifen zu können. Anderenfalls dürfte man mangels empirischer Beweisbarkeit richtiger Rechtsanwendung kaum zu einer letztgültigen Konfliktbeilegung gelangen. Daher kann nur in Fällen besonderer Ungerechtigkeit die strafgerichtliche Entscheidung in eigens geregelten Verfahren revidiert werden (z. B., wenn die Entscheidung auf der Verletzung von Grund- oder Menschenrechten beruht)²⁷. Wird von entsprechenden Rechtsbehelfen aber kein Gebrauch gemacht, bleibt es bei der Rechtskraft des Urteils. Daher kann selbst ein Urteil wie das aus **Fall 3** rechtskräftig und vollstreckbar werden, obwohl der versuchte Suizid nach allg. Ansicht²⁸ straflos ist.

23 Vgl. § 362 Nr. 4.

24 Peters Fehlerquellen III, 41.

25 Vgl. §§ 359 ff.

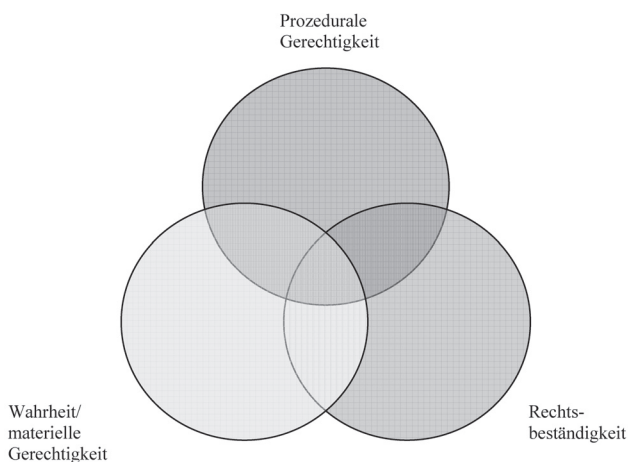
26 Dazu BGHSt 45, 37 (38 f.).

27 Vgl. §§ 95 Abs. 2 BVerfGG, 359 Nr. 6.

28 Vgl. nur S/S³⁰-Eser/Sternberg-Lieben Vor §§ 211 StGB Rn. 33 mwN.

Der strafprozessuale Zielkonflikt lässt sich vereinfacht grafisch darstellen:

13



Soll das Strafverfahren den strafrechtlichen Konflikt mit angemessener Rücksicht auf die Verfahrensziele beilegen, sollte das Strafverfahren grundsätzlich so ausgestaltet sein und durchgeführt werden, dass es sich innerhalb der „Schnittmenge“ aller Verfahrensziele bewegt.

Im Gutachten spielen die Verfahrensziele (nur) als Leitlinien der Auslegung und Anwendung der jeweils speziellen strafverfahrensrechtlichen Vorschriften eine Rolle, denn ihre Austarierung sollte der Gesetzgeber dort bereits vorgenommen haben. Zur Lösung rechtlicher Probleme bedarf es daher in aller Regel keines unmittelbaren Rückgriffs auf die Verfahrensziele.

14

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

15

- > Welchem Zweck dient das Strafverfahren? (Rn. 1 ff.)
- > Welche Ziele des Strafverfahrens werden herkömmlich unterschieden? (Rn. 4 ff.)
- > Welche Zielkonflikte können im Strafverfahren auftreten? (Rn. 9 ff.)
- > Welche Bedeutung haben diese Zielkonflikte für die Anwendung des Strafverfahrensrechts im Gutachten? (Rn. 14)

§ 2 Rechtsquellen des Strafverfahrens

- 1 Das Fundament des Strafverfahrensrechts wird durch die **Verfassung** gelegt. Die wesentlichen Vorschriften zur Ausgestaltung des Strafverfahrens finden sich in der **Strafprozessordnung** (StPO) und im **Gerichtsverfassungsgesetz** (GVG). Diese Vorschriften werden wiederum durch eine Vielzahl von Gesetzen und bundeseinheitlich geltenden Verwaltungsvorschriften ergänzt.

I. Verfassungsrecht

- 2 Die wichtigsten Bestimmungen für das Strafverfahren finden sich im **Grundgesetz**, nämlich:
 - das **Rechtsstaatsprinzip** des Art. 20 Abs. 3 GG,
 - die **Vorschriften über die Rechtsprechung**, Art. 92 ff. GG, insbesondere
 - der **Anspruch auf rechtliches Gehör** (Art. 103 Abs. 1 GG)
 - das **Verbot der Doppelbestrafung** (Art. 103 Abs. 3 GG)
 - die **Rechtsweggarantie bei Freiheitsentziehung** (Art. 104 GG).

II. Bundesgesetze

- 3 Die **Strafprozessordnung** (StPO) vom 1. 2. 1877¹ und das **Gerichtsverfassungsgesetz** (GVG) vom 27. 1. 1877² traten – jeweils mit Einführungsgesetz – zusammen mit der zugleich erlassenen Zivilprozessordnung (ZPO) und damaligen Konkursordnung (KO) am 1. 10. 1879 in Kraft. Diese als „große Reichsjustizgesetze“ bezeichneten Gesetze waren als einander ergänzende Teile einer gesamten gesetzlichen Ordnung justizförmigen Verfahrens gedacht; so verweist etwa die StPO in §§ 37, 464b auf die ZPO.
- 4 Im **Einführungsgesetz zum GVG** (EGGVG) ist z. B. der Rechtsschutz gegen sog. Justizverwaltungsakte³ geregelt (§§ 23 ff. EGGVG). Das **Strafgesetzbuch** (StGB) vom 15. 5. 1871⁴ enthält in §§ 77 ff. StGB Regelungen über den Strafantrag, der seinem Wesen nach Prozessvoraussetzung ist.⁵ Die Besonderheiten des Strafverfahrens gegen Jugendliche und Heranwachsende regelt das **Jugendgerichtsgesetz** (JGG) vom 4. 8. 1953⁶.
- 5 Weitere die StPO und das GVG ergänzende Gesetze sind:
 - das **Gesetz über Ordnungswidrigkeiten** (OWiG),
 - die **Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** (EMRK, durch deutsches Zustimmungsgesetz seit 1952 im Range einfachen Bundesrechts),
 - das **Bundeszentralregistergesetz** (BZRG),

1 Heute i.d.F. der Bekanntmachung aus dem Jahre 1987.

2 Heute i.d.F. der Bekanntmachung aus dem Jahre 1975.

3 Das sind gem. § 23 Abs. 1 EGGVG „Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses, der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Strafrechtspflege getroffen werden“ sowie „Anordnungen, Verfügungen oder sonstige Maßnahmen der Vollzugsbehörden im Vollzug der Untersuchungshaft sowie derjenigen Freiheitsstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung, die außerhalb des Justizvollzuges vollzogen werden“.

4 Heute i. d.F. der Bekanntmachung aus dem Jahre 1998.

5 *Fischer* Vor § 77 StGB Rn. 4 mwN.

6 Heute i. d.F. der Bekanntmachung aus dem Jahre 1974.

- das **Deutsche Richtergesetz (DRiG)**,
- das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG),
- das Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG).
- das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (EuRHÜ)⁷,
- das Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG),
- und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR)⁸.

III. Bundeseinheitlich geltende Verwaltungsanordnungen

Die von Bund und Ländern erlassenen **Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)** konkretisieren vor allem das staatsanwaltliche Ermessen, enthalten aber auch Empfehlungen⁹ für die richterliche Arbeit.

6

Zu beachten sind ferner:

7

- die **Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStrA)**,
- die **Strafvollstreckungsordnung (StrVollstrO)**
- und die **Untersuchungshaftvollzugsgesetze** der Länder.

⁷ Abrufbar unter [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:42000A0712\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:42000A0712(01)), zuletzt abgerufen 09.06.2025.

⁸ Abrufbar unter <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights>, zuletzt abgerufen 09.06.2025.

⁹ Tatsächlich nur i. S. e. Orientierungshilfe, denn Richterinnen und Richter sind ausschließlich dem Gesetz verpflichtet.

§ 3 Gang des Strafverfahrens

I. Grundlagen

- 1 Wie der Zivilprozess lässt sich nach der Konzeption der StPO auch das Strafverfahren zunächst grob in zwei Teile gliedern:¹
 - Im **Erkenntnisverfahren** wird der Frage nachgegangen, ob die Voraussetzungen für die Verhängung einer strafrechtlichen Sanktion gegeben sind und wie eine solche auszufallen hat. In Gänze setzt sich das „ordentliche“ Erkenntnisverfahren zusammen aus **Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahren**; u. U. schließt sich hier noch ein **Rechtsmittelverfahren** an.²
 - Den zweiten Abschnitt bildet das sog. **Vollstreckungsverfahren**, das die Durchsetzung bzw. die Verwirklichung der verhängten Sanktion zum Gegenstand hat.
- 2 Im Einzelfall können die Übergänge zwischen den beiden Abschnitten durchaus fließend sein. So sieht die StPO auch schon für das Erkenntnisverfahren einzelne Maßnahmen vor, die dem Grunde nach funktionell dem Vollstreckungsverfahren zugeordnet werden müssen.³

Grundsätzlich aber bildet die **Rechtskraft** der Entscheidung über die Strafverhängung die Schwelle zwischen den beiden Verfahrensabschnitten. Allerdings hat die neuere Rechtsentwicklung dazu geführt, dass nunmehr auch nach diesem Zeitpunkt in verstärktem Umfange in einem Nachverfahren Entscheidungen getroffen werden, die nicht zur Vollstreckung im herkömmlichen Sinne gehören, sondern die zu vollstreckende Sanktion vielmehr erst näher bestimmen, wie v. a. die nachträglichen Entscheidungen zur Bewährung (s. §§ 56e, 56 f StGB).⁴

II. Die verschiedenen Verfahrensstadien

1. Das (ordentliche) Erkenntnisverfahren

- 3 a) **Ermittlungsverfahren** (§§ 158 ff.): Das Erkenntnisverfahren beginnt mit dem Ermittlungsverfahren (auch „Vorverfahren“ oder „vorbereitendes Verfahren“). Es wird eingeleitet aufgrund amtlicher Wahrnehmung durch die Strafverfolgungsbehörden, durch Strafanzeigen oder durch Strafantrag. Die StA, die die „Herrin“ dieses Verfahrensabschnittes ist,⁵ prüft hier – i. d. R. unter Zuhilfenahme der Polizei bei der Aufklärung des Sachverhalts –, ob „genügender Anlass“ zur Erhebung einer Anklage besteht. Ein solcher **hinreichender Tatverdacht** ist gegeben, wenn nach vorläufiger Bewertung der Ak-

1 LR-Kühne Einl. Abschn. G Rn. 2, Roxin/Schünemann § 4 Rn. 2; Volk/Engländer § 4 Vor 1. z. T. wird direkt auf die Unterteilung in Ermittlungs-, Zwischen-, Haupt- und Vollstreckungsverfahren abgestellt, vgl. z. B. HK-Gercke/Temming Einl. Rn. 82 ff.; Schmitt/Köhler Einl. Rn. 59; R/H-Radtke Einl. Rn. 22 ff.; guter kurzer Überblick bei Krö-pil JuS 2015, 213.

2 In der Praxis stellt der komplette Durchlauf dieser Verfahrensstadien allerdings eher die Ausnahme dar. Ein Großteil der einfach gelagerten Fälle oder solche mit geringer Straferwartung werden im Wege besonderer Verfahrensarten, welche die StPO – nicht zuletzt angesichts der knappen Ressourcen in der Justiz und zur Beschleunigung der Verfahren – vorsieht, verkürzt abgewickelt (v. a. Strafbefehlsverfahren gem. §§ 407 ff., vereinfachtes Verfahren gem. §§ 417 ff., Privatklageverfahren gem. §§ 374 ff.).

3 So z. B. § 111b (Beschlagnahme von Gegenständen zur Sicherung der Einziehung oder deren Unbrauchbar-machung), § 111e (Vermögensarrest zur Sicherung der Wertersatzeinziehung).

4 LR-Kühne Einl. Abschn. G Rn. 2.

5 HK-Gercke/Temming Einl. Rn. 82; R/H-Radtke Einl. Rn. 22. Eingehend zur Stellung der StA im Ermittlungsver-fahren Lillie ZStW 111 (1999), 807 ff.

tenlage die Verurteilung des Beschuldigten wahrscheinlicher ist als ein Freispruch.⁶ Ist das aus Sicht der StA der Fall, erhebt sie öffentliche Klage beim zuständigen Gericht (§ 170 Abs. 1). Anderenfalls – oder wenn unüberwindbare Verfahrenshindernisse bestehen – stellt sie das Verfahren ein (§ 170 Abs. 2). Daneben bestehen durch die §§ 153 ff. weitere Möglichkeiten, das Ermittlungsverfahren aus Opportunitätsgesichtspunkten (zumindest vorläufig) zu beenden.

Bereits im Ermittlungsverfahren ist die StA zur Objektivität verpflichtet, hat also alle zur Belastung *und* Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln (§ 160 Abs. 2).

b) Zwischenverfahren (§§ 199 ff.): Hat die StA öffentliche Klage erhoben, so kommt es mit dem Zeitpunkt des Eingangs dieser Klage bei Gericht zum Zwischenverfahren (auch „Eröffnungsverfahren“)⁷. Hier nun prüft das Gericht – ohne die in einer späteren Hauptverhandlung ggf. erforderliche Mitwirkung von Laienrichtern (Schöffen) –, ob der von der StA behauptete hinreichende Tatverdacht besteht. Teilt es die Einschätzung der StA, lässt es die Anklage durch Erlass eines Eröffnungsbeschlusses zur Hauptverhandlung zu (§ 203). Anderenfalls lehnt es die Eröffnung der Hauptverhandlung ab (§ 204).

Es ist also niemals die StA allein, welche die Entscheidung für oder gegen eine Hauptverhandlung zu fällen hat. Dem Zwischenverfahren kommt somit eine nicht zu unterschätzende **Filterfunktion** zu: Im Interesse der Angeschuldigten und zur Entlastung der Gerichte vor unnötigen Hauptverhandlungen ermöglicht dieses Verfahren die Ablehnung der Verfahrenseröffnung.⁸

c) Hauptverfahren (§§ 212 ff.): Dieser Verfahrensabschnitt bildet das eigentliche Kernstück des Erkenntnisverfahrens. Es lässt sich wiederum aufteilen in **Vorbereitung** (§§ 212–225a) und **Durchführung** (§§ 226–275) **der Hauptverhandlung**. Erstere besteht vornehmlich aus der Terminansetzung sowie der Ladung etwaiger Zeugen, Sachverständigen und des Angeklagten selbst. Der Begriff der „Hauptverhandlung“ steht dabei nicht für nur eine einzige zeitlich-räumlich zusammenhängende Sitzung der Beteiligten; gerade in umfangreichen Sachen kann sich die Hauptverhandlung aus mehreren Einzelterminen zusammensetzen („Mehrtagesache“)⁹.

Während die vorangegangenen Verfahrensabschnitte der Stoffsammlung und der Vorklärung dienen, bildet die Hauptverhandlung die **alleinige Grundlage der Entscheidungsfindung** (§ 261). Sie ist es auch, die gem. § 169 GVG öffentlich stattzufinden hat. Die Verhandlungsleitung obliegt den Vorsitzenden des Gerichts (§ 238). Der **Ablauf** ist sehr **formstreng** und findet vor allem in den §§ 243, 244, 257, 258 und 260 eine genaue Regelung: **Aufruf** der Sache; **Verlesung der Anklageschrift** durch die StA; **Äußerungsmöglichkeit des Angeklagten** zur Sache; **Beweiserhebung**; **Schlussvorträge** („Plädoyers“) mit den Anträgen der StA und des Angeklagten (bzw. der Verteidigung). Stets ist dem Angeklagten abschließend das **letzte Wort** zu gewähren (§ 258 Abs. 3).

Über den Gang der Verhandlung und die wesentlichen Ergebnisse ist gem. § 271 ein **Protokoll** zu führen. Mit seiner Beweiskraft gem. § 274 dient dies v. a. als alleiniges

6 BGHSt 15, 155 (158); BeckOK-Gorf § 170 Rn. 2 mwN.

7 Vgl. SK-Paeffgen Vor §§ 198 ff. Rn. 7.

8 KK-Fischer Einl. Rn. 163; MK-Wenske § 199 Rn. 3, 4.

9 MK-Arnoldi § 213 Rn. 7.

§ 3 1. Abschnitt: Überblick

Beweismittel zur Nachprüfung der Beachtung der wesentlichen Förmlichkeiten der Hauptverhandlung in der höheren Instanz.¹⁰

- 10 Legt daraufhin keiner der am Verfahren Beteiligten (und dazu berechtigten) fristgerecht ein Rechtsmittel ein, so wird die Entscheidung des Gerichts **rechtskräftig** und das Erkenntnisverfahren ist **beendet**.
- 11 d) **Rechtsmittelverfahren:** Wird ein Rechtsmittel gegen das ergangene Urteil eingelegt, so kann es zu einem Rechtsmittelverfahren kommen, welches aufgrund der Tatsache, dass auch dabei der Frage nach einer möglichen Sanktion gegen den Täter nachgegangen wird, noch **dem Erkenntnisverfahren zuzuordnen** ist. In Betracht kommen die Rechtsmittel der **Berufung** (§§ 312 ff.) und der **Revision** (§§ 333 ff.).
- 12 Ob überhaupt und welches Rechtsmittel gegen ein Urteil eingelegt werden kann, hängt entscheidend davon ab, welches Gericht das anzugreifende Urteil gefällt hat. So ist **gegen ein Urteil des AG** sowohl die Berufung als auch die (Sprung-)Revision möglich, während **erstinstanzliche Urteile** des LG und des OLG nur mit der Revision angreifbar sind. Auch wenn die Einlegung von Rechtsmitteln dazu führt, dass die Strafsache einem anderen Spruchkörper zur Entscheidung unterbreitet wird, sind Ablauf und Inhalt einer Verhandlung im Rechtsmittelverfahren **nicht identisch mit einer erstinstanzlichen Hauptverhandlung** und entscheidend von der Art des Rechtsmittels abhängig.¹²
- 13 e) **Außerordentliche Rechtsbehelfe:** Hat ein Strafverfahren alle so möglichen Instanzen durchlaufen oder wird nicht fristgerecht Rechtsmittel eingelegt, ist die Entscheidung des mit der Sache zuletzt befassten Gerichts **rechtskräftig**, das ordentliche Erkenntnisverfahren damit abgeschlossen. Aber selbst für diesen Fall stehen mit einem **Wiederaufnahmeverfahren** gem. §§ 359 ff., der **Verfassungsbeschwerde** gem. Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG sowie der **Menschenrechtsbeschwerde** gem. Art. 34 EMRK noch sog. außerordentliche Rechtsbehelfe zur Verfügung. Diese Verfahren sind allerdings nicht dem eigentlichen Strafverfahren i.e.S. zuzurechnen.

2. Das Vollstreckungsverfahren

- 14 Hat die rechtskräftige Entscheidung die Verhängung einer strafrechtlichen Sanktion zum Gegensand, beginnt als **letzter Abschnitt des Strafverfahrens** das Vollstreckungsverfahren, in dem diese Entscheidung umgesetzt wird. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den §§ 449 ff. und liegt wiederum **in der Hand der StA** (§ 451).
- 15 Das Vollstreckungsverfahren umfasst **bei einer Freiheitsstrafe alle Maßnahmen** von der Rechtskraft des Urteils **bis zum Strafantritt**, einschließlich der generellen **Überwachung der Durchführung** der Strafe, **nicht** aber den eigentlichen **Strafvollzug**, für den die Justizvollzugsanstalten zuständig sind. Auch die Maßnahmen zur Durchsetzung des Urteils, die sich auf den Vollzug von **Maßregeln der Besserung und Sicherung** oder auf die Durchsetzung **sonstiger Anordnungen** (z. B. Einziehung, Fahrverbot, Verfall) beziehen, sind der Strafvollstreckung zuzuordnen.¹³

10 KK-Fischer Einl. Rn. 180 ff.

11 Hier wird das dem AG in der Instanz eigentlich nachfolgende LG als Berufungsinstanz „übersprungen“ und direkt beim OLG Revision eingelegt, § 335.

12 Vgl. hierzu auch Roxin/Schünemann § 54 Rn. 13 ff., § 55 Rn. 57 ff.

13 Schmitt/Köhler Einl. Rn. 66.

Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

- > Aus welchen zwei wesentlichen Teilen setzt sich das Strafverfahren zusammen? (Rn. 1)
- > Welche Verfahrensstadien durchläuft ein (ordentliches) Erkenntnisverfahren? (Rn. 3 ff.)
- > Was ist unter dem Vollstreckungsverfahren zu verstehen; in wessen Händen liegt es? (Rn. 14 f.)

Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die Paragraphen des Buches (**fette Zahlen**) sowie die Randnummern innerhalb der einzelnen Paragraphen (magere Zahlen).

Beispiel: § 9 Rn. 10 = 9 10

Ablehnung

- des Sachverständigen **21 88 ff.**
- des Staatsanwaltes **5 18 ff.**
- von Beweisanträgen **6 15, 22 31 ff.**
- von Gerichtspersonen **13 11 ff., 25**

Absprachen

- Auswirkungen auf das Berufungsverfahren **19 16**

Abwägungslehre **23 1, 16 f.**

Abwesenheit in der Hauptverhandlung **31 39 ff.**

Adhäsionsverfahren **26 88 ff.**

Akteneinsichtsrecht

- der Schöffen **12 78 f.**
- des Privatklägers **26 73**
- des Sachverständigen **21 87**
- des Verteidigers **7 13 ff.**

Amnestie **14 11**

Amtliche Wahrnehmung **3 3, 4 7**

Amtsanwaltschaft **5 9**

Änderungsbeschluss **16 9**

Anfangsverdacht **4 10 f.**

Angeklagter **6 1**

Angeschuldigter **6 1**

Anklage

- Erhebung **4 16 f., 10 2 ff., 26 4 ff.**
- Nachtrags- **4 17, 17 49, 25 10**
- Umgestaltung **25 8 ff.**

Anklagegrundsatz **4 16 f., 25 3**

Anklagemonopol **4 12, 19, 5 2**

Anklageschrift **10 3, 14 18, 16 1**

Annahmeberufung **30 7**

Antragsdelikt **4 14**

- Untersuchungshaft bei **9 38**

Anwesenheitspflicht in der Hauptverhandlung **17 26 ff., 31 39 ff.**

Anwesenheitsrecht im Ermittlungsverfahren

- des Beschuldigten **6 19**

- des Verteidigers **7 11**

Aufklärungspflicht des Gerichts **20 23 ff., 22 2 ff., 25 6, 31 31**

Aufklärungsrüge **22 5, 31 31**

Auflagen **10 18 ff.**

Augenscheinsbeweis **21 1, 102 ff., 22 14**

- spezielle Ablehnungsgründe **22 56**

Augenscheinseinnahme, kommissarische **17 11**

Augenscheinsgehilfe **21 107**

Auskunftsverweigerungsrecht **21 37, 50, 55 ff., 23 28**

Aussagegenehmigung **21 34, 23 22**

Aussagepflicht des Zeugen **21 24, 29 ff.**

Ausschließung

- des Verteidigers **7 24 ff.**
- von Gerichtspersonen **13 1 ff., 31 35**

Ausschlussfrist, absolute **15 19**

Ausschreibung

- eines Kfz-Kennzeichens **8 23**
- zur Aufenthaltsermittlung **8 177 ff.**
- zur Festnahme **8 175 f.**
- zur polizeilichen Beobachtung **8 21 ff.**

Außerdienstliche Kenntniserlangung **4 9**

Äußerungsrecht des Verteidigers **7 12**

Aussetzung

- der Hauptverhandlung **17 52**
- des Vollzuges **9 79 ff.**

Bedingung, innerprozessuale **15 6**

Befangenheit des Richters **13 12, 14 ff., 31 36**

Beinahetreffer **8 54**

Belehrung

- des Sachverständigen **17 20**
- des Zeugen **17 20, 21 93, 23 26 ff., 31 31**

Stichwortverzeichnis

- durch Sachverständigen 21 93
- qualifizierte 6 49
- Belehrung des Beschuldigten 4 27, 6 30 f., 8 44, 129, 24 26
- Verstoß gegen Pflicht zur 6 48 ff., 31 31
- Bericht des Zeugen 21 71
- Berichterstatter 30 25
- Berichtigung
 - des Urteils 24 35 ff.
 - Protokoll- 17 51
 - Zuständigkeits- 12 27, 29
- Berufsverbot, vorläufiges 7 28, 32 11
- Berufung 3 11 f., 28 6, 30 1 ff.
 - nach beschleunigtem Verfahren 26 61
- Beschlagnahme
 - dem Verfall unterliegender Gegenstände 8 149
 - der Einziehung unterliegender Gegenstände 8 149
 - des Führerscheins 8 150
 - des Vermögens des Beschuldigten 26 101
 - von Beweismitteln 8 134 ff.
 - von Postsendungen 8 145 ff.
- Beschlagnahmeverbote 8 140 ff., 23 23
- Beschleunigtes Verfahren 10 5, 26 48 ff.
- Beschleunigungsgrundsatz 18 1, 6 ff.
- Beschluss 24 2, 7 ff.
- Beschuldigter 6 1 ff.
 - als Zeuge 21 16 ff.
 - Rechtsstellung 6 8 ff.
 - Verhandlungsfähigkeit 14 10, 15 3
 - verstorbener 14 9
 - zeitliche Grenzen des Beschuldigtenstatus 6 3 ff.
- Beschwer 28 19 ff., 30 4, 31 6, 32 12 f.
- Beschwerde 28 6, 29 3, 6, 32 1 ff.
 - Abhilfeverfahren 32 15, 17, 19
 - einfache 32 3 ff.
 - Einstellungs- 11 8 f.
 - gegen ein Unterlassen 32 7
 - gegen gerichtliche Entscheidungen 29 3, 6
 - Haft 9 56 ff.
 - sofortige 32 3, 19 f.
 - Vorlage nach Nichtabhilfe 32 16
 - Vorschalt- 11 8 f.
 - weitere 32 3, 21
- Besetzungsrüge 17 14, 31 32 ff., 46
- Bestandsdatenauskunft 8 98
- Beweis 20 5
 - über Wiederaufnahmegrund 33 7 f.
 - Verwertung von -en 20 5, 23 1 ff.
- Beweisanregung 22 6, 19
- Beweisanzipation, Verbot der – 22 3 f., 35, 44, 55 f.
- Beweisanträge 22 1 ff.
 - Ablehnung von -n 22 31 ff.
 - bedingte 22 21 ff.
 - des Angeklagten 17 7 f., 13, 20 26, 22 28
 - des Beschuldigten 4 28, 6 15, 50
 - des Nebenklägers 20 26, 22 28, 26 86
 - des Staatsanwalts 22 28
 - des Verteidigers 7 18, 22 28
 - Eventual- 22 22, 26 f.
 - Hilfs- 22 22, 24 f., 27
 - Konnexität 22 15
 - Schein- 22 13
- Beweisaufnahme 17 11 ff., 20 1 ff.
 - kommissarische 17 11, 21 110
- Beweiserbieten 22 6, 20
- Beweisergebnis 20 5, 23 1 ff.
- Beweiserhebung 20 5, 21 1 ff.
 - Anspruch des Beschuldigten auf 4 28
 - Grundsätze der 21 108 ff.
 - überflüssige 22 38, 41
 - unzulässige 22 38 ff.
- Beweiserhebungsverbote 21 137 ff., 22 39, 23 5 f., 10, 18 ff.
 - Verstoß gegen relative 23 29 f.
- Beweisermittlungsantrag 22 6, 17 f.
- Beweismethoden 20 5
 - verbotene 6 34 ff., 21 140, 23 26 ff.
- Beweismittel 20 5, 21 1 ff., 22 14 f.
 - Austausch von -n 22 36 f.
 - Einlassung des Beschuldigten 21 2

Stichwortverzeichnis

- Erlangung über Privatpersonen 23 34 ff.
- hypothetisch rechtmäßige Erlangung 23 31 ff.
- neue – als Wiederaufnahme- grund 33 18
- nicht präsente 22 34, 38 ff.
- numerus clausus der 21 1
- persönliche 21 1
- präsente 22 34, 58 ff.
- sachliche 21 1
- Sicherstellung und Beschlagnahme von -n 8 134 ff.
- unerreichbares 22 38, 47 f.
- völlig ungeeignetes 22 38, 46
- Beweismittelverbote 21 139, 23 23 ff.
- Beweisregeln 23 53, 60
- Beweissicherung 4 31, 35, 35 42
- Beweissurrogate 21 111
- Beweistatsache 20 6 ff., 22 8 ff., 23 1
- Beweisthema 20 5
- Beweisthemaverbote 21 138, 23 20 ff.
- Beweisverwertung 20 5, 23 1 ff.
- Beweisverwertungsverbote 6 48 ff., 8 114, 22 39, 23 3 ff.
- Einsatz verdeckter Ermittler 8 129 f.
- Ergebnisse der Telekommunikations- überwachung 8 88
- Fernwirkung 23 38 ff.
- Fortwirkung 23 43
- großer Lauschangriff 8 118 f.
- selbständige 23 6, 44 ff.
- unselbständige 23 4 f., 8 ff.
- verbotene Vernehmungsmethoden 6 34 ff., 51
- Verstoß gegen Belehrungspflicht 6 48 f., 49 f., 23 26 ff.
- Beweiswürdigung 20 5, 23 1 ff., 53 ff.
- fehlerhafte 31 53
- Grundsatz der freien 23 55 ff.
- Blutprobenentnahme 8 38 ff., 65 f., 23 29
- Reihentests 8 42
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 5 25
- Bundesanwaltschaft 5 9 f.
- Bundeskriminalamt (BKA) 5 25
- Bundespolizei 5 26
- Bundeszentralregister 24 32, 27 22 f.
- Charta der Grundrechte der Europä- ischen Union 35 4, 37
- Datenabgleich 8 11
- Devolutionsrecht 5 12
- Devolutiveffekt 28 7, 32 2
- Dienstaufsichtsbeschwerde 11 7, 9, 27 21, 28 2 f.
- Dispositionsmaxime 4 21
- DNA-Analyse 8 51 ff.
- DNA-Identitätsfeststellung 8 55 ff.
- Dokumentationspflicht 19 12
- Dolmetscher 6 13, 17 35, 31 43
- Doppelbestrafung, Verbot der – 14 13, 18, 25 32
- und SDÜ 35 37 ff.
- und Wiederaufnahme des Verfah- rens 33 19
- Doppelfunktionale Maßnahmen der Po- lizei 5 32
- Doppelhaft 9 39
- Drohung 6 44
- Durchsuchung 8 155 ff.
- bei anderen Personen 8 162 ff.
- bei dem Verdächtigen 8 159 ff.
- Durchsicht von Papieren 8 166
- Ergreifungs- 8 155
- Ermittlungs- 8 155
- Raum- 8 169 f.
- Eid des Zeugen 21 24, 32, 65, 73 ff.
- Eidesverweigerungsrecht 21 32
- Eingriffsmaßnahmen 8 1 ff.
- Einspruch gegen Strafbefehl 26 20 ff., 28 9
- Einstellungsbescheid 4 6, 11 7
- Einstellungsbeschwerde 11 8 f.
- Einziehungsverfahren 10 6, 26 96 ff.
- E-Mail 8 90
- EMRK 2 5, 35 2, 7

Stichwortverzeichnis

- Entschädigung
– des Angeklagten bei Urteilsaufhebung nach Wiederaufnahme 33 15
– Opfer- 26 104
– Zeugen- 21 76
- Entziehung der Fahrerlaubnis 8 151 ff.
- Erfahrungssätze 20 13
- Erkenntnisverfahren 3 1 ff.
– geltende Verfahrensprinzipien 18 1, 3 ff.
- Erkennungsdienstliche Maßnahmen 8 12 ff.
- Ermächtigung, behördliche 14 15
- Ermächtigungsdelikte 4 15
- Ermittlungsgehilfen, geheime 21 119 ff.
- Ermittlungsgrundsatz 4 21 ff., 20 19 ff.
- Ermittlungspersonen der StA 5 28
- Ermittlungsrichter 4 31 ff.
– als Zeuge 21 60 ff.
– Rechtsschutz gegen Entscheidungen des -s 29 3, 5 ff.
- Ermittlungsverfahren 3 1, 3 f., 4 1 ff.
– Abschluss 10 1 ff.
– Einleitung 4 1 ff.
– Rechtsschutz 29 1 ff.
- Ermüdung 6 36
- Eröffnungsbeschluss 3 5, 16 2, 4 ff.
– Zustellung 17 10
- Eurojust 35 29 ff.
- Europäische Ermittlungsanordnung 35 23
- Europäischer Haftbefehl 35 15 ff.
- Europäische Staatsanwaltschaft 35 33 f.
– Dezentrale Ebene der 35 34
– Zentrale Ebene der 35 34
- Europol 35 26 ff.
- Exterritorialität, Prinzip der – 14 6
- Fahndung 8 174 ff.
- Fahrerlaubnis 8 150 ff.
- Faires Verfahren 14 10, 15 10, 18 1, 11
- Fernsehaufnahmen in der Hauptverhandlung 17 42
- Festnahme
– Ausschreibung zur 8 175 f.
– vorläufige 8 26 ff.
– vorübergehende – zur Vorbereitung einer Untersuchung 8 46
- Fingerabdrücke 8 15 ff.
- Flucht 9 11 ff.
- Fluchtgefahr 9 10, 15 ff., 81
- Fragerecht
– der Prozessbeteiligten 17 44 ff.
– des Beschuldigten 6 17
- Freibeweisverfahren 14 4, 21 4 f.
- Freiheitsentziehung 27 1
– durch Untersuchungshaft 9 1 ff.
– zur Identitätsfeststellung 8 12, 14
- Freiheitsstrafe, Vollstreckung der – 27 7, 9 f.
- Freispruch 24 20 f.
- Frist
– bei Berufungseinlegung 30 6
– bei Prozesshandlung 15 17 ff.
– bei Revisionseinlegung 31 11
– richterliche 15 21
- fruit of the poisonous tree 23 38 ff.
- Führerschein 8 150
- Führungszeugnis 27 23
- Funkzellenabfrage 8 94
- Fürsorgepflicht des Gerichts 15 10, 17 48, 18 1
- Gegenüberstellung 8 40, 22 19
- Gegenvorstellung 28 2 f., 32 16
- Geldstrafe, Vollstreckung der – 27 6, 10
- Generalbundesanwalt 5 9 f.
- Generalfragen 21 68
- Generalstaatsanwaltschaft 5 9 f.
- Genetischer Fingerabdruck 8 51
- Gerichtsbesetzung
– fehlerhafte 31 32 ff.
– in erster Instanz 12 5 ff.
– in Rechtsmittelsachen 12 43 ff.
– Mitteilung der 17 14
– Rüge der 17 14, 31 32 ff., 46
- Gerichtsstand 12 51 ff.

Stichwortverzeichnis

- Geschäftsverteilungsplan 12 63
Geschichtliche Entwicklung 34 1 ff.
Geschworene 12 75, 34 17, 19, 21
Gesetzlicher Richter 6 11, 12 1 ff.,
13 2, 18 17
Geständnis 33 18, 21
– im Rahmen einer Verständigung 19 15
– im Rahmen von Absprachen 19 10
Gewerbezentralregister
– Wettbewerbsregister 27 27
Gewohnheitsrecht 20 14 f.
Haft
– Beuge- 9 3
– Hauptverhandlungs- 8 36, 9 5
– Sicherungs- 9 5, 31
– Ungehorsams- 9 5
– Vollstreckungs- 9 5
Haftausschließungsgrund, Unverhältnismäßigkeit als – 9 36, 63 f.
Haftbefehl
– Aufhebung 9 62 ff.
– Erlass 9 40 ff.
– europäischer 35 15 ff.
– Überprüfung 9 53 ff.
– Vollstreckung 9 46 ff.
Haftbeschwerde 9 56 ff.
Haftgründe 9 10 ff.
Haftprüfung 9 54 f., 59 ff.
Haftsurrerogat 9 79
Haftverschonung 9 79 ff.
Hauptverfahren 3 1, 7 ff., 17 1 ff.,
24 12 ff.
– Durchführung 3 7
– Eröffnung 3 5 f., 16 1 ff.
– Nichteröffnung 3 5 f., 16 24 ff.
– Rechtsbehelfe im 17 53
– Verfahrenshindernisse 14 30
Hauptverhandlung 3 7 f., 12, 17 1,
17 ff.
– Anwesenheitsrechte und -pflichten
17 26 ff., 31 39 ff.
– bei Wiederaufnahme des Verfahrens
33 9 f., 11 ff.
– Berufungs- 30 24 ff.
– Gang der 17 18 ff.
– Hinweis- und Fürsorgepflichten
17 48 ff., 18 22 f.
– Ladungen 17 4 ff.
– Leitung 3 8, 17 43
– Öffentlichkeit 3 7 f., 17 36 ff., 18 1,
26, 31 47 ff.
– Verfahrensfehler 31 30 f.
– Verfahrenshindernis 14 30
– Verfahrensprinzipien 18 1, 24 ff.
– Vorbereitung 3 7, 17 1 ff.
– wesentliche Teile 31 44 f.
Hauptverhandlungsprotokoll 3 8,
17 28, 51, 31 27
Hinweispflicht des Gerichts 17 49 f.,
25 9, 31 31
Hypnose 6 42
Hypothetisch rechtmäßige Beweiserlan-
gung 23 31 ff.
Identitätsfeststellung 8 12 ff.
Immunität 14 11, 16 13
IMSI-Catcher 8 97
Indiztatsache 20 7, 9 ff.
in dubio pro reo 23 68 ff.
– Geltung für Prozessvoraussetzungen
14 26
– Geltung für Vorliegen eines Verfah-
rensverstößes 31 27
– Geltung im Wiederaufnahmeverfah-
ren 33 8
Informanten 21 119 f.
Informationsrecht des Beschuldigten
6 16
Informatorische Befragung 6 26 f.
Inkulpation 6 4 ff.
Inquisitionsprinzip 4 24
Inquisitionsprozess 4 16, 24, 34 5 ff.
Instruktionsprinzip 4 22
Intimsphäre 23 50 ff.
iudex ad quem 30 22, 32 16
iudex a quo 28 26, 30 19, 31 6, 11,
32 14 f., 19
Kammergericht 12 5
Kennzeichenerfassung 8 7

Stichwortverzeichnis

- KFZ-Kennzeichen
– automatische Erfassung 8 7
Klageerhebung 10 2 ff.
Klageerzwingungsverfahren 11 1 ff.
Kognition 25 7
Konfrontationsrecht 6 17
Konsularische Vertretung 6 14
Kontaktsperregesetz 9 88
Kontrollstelleneinrichtung 8 18 ff.
Konzentrationsmaxime 17 52, 18 1, 24 f.
Körperlicher Eingriff 8 38 ff.
– an Dritten 8 42, 48, 65
– Blutprobenentnahme 8 41 f., 65 f., 23 29
Kreuzverhör 17 47
Ladungen zur Hauptverhandlung 17 4 ff.
– unterbliebene 31 30
Lauschangriff
– großer 8 108 ff.
– kleiner 8 103 ff.
Legalitätsprinzip 4 1, 18 ff.
Legende 8 120
Letztes Wort des Angeklagten 6 18, 17 24, 31 31
Lichtbildaufnahmen 8 15 ff., 65
Lockspitzeinsatz 14 20 ff.
Lügendetektor 6 46
Mehrfachverteidigung 7 21
Meistbegünstigungsprinzip 28 15
Menschenrechtsbeschwerde 3 13, 28 10
Misshandlung 6 35
Mitbeschuldiger als Zeuge 21 17 ff.
Mitwirkungsplan 12 64
Mobilfunkendgeräten, Ermittlungsmaßnahmen bei 8 97
Molekulargenetische Untersuchung 8 51 ff.
Mündlichkeitsgrundsatz 15 14, 18 1, 27 f., 21 108, 135
Nächtliche Hausdurchsuchung 8 168
Nachtragsanklage 4 17, 17 49, 25 10
Nachverfahren 3 2, 26 99
Nebenkläger
– als Zeuge 17 33, 26 86
– Anwesenheitsrecht in der Hauptverhandlung 17 31, 26 86
– Beweisantragsrecht 22 28
– Rechte und Pflichten 17 16, 31, 22 28, 26 86 f., 28 17 f.
– Rechtsmittelbefugnis 26 87, 28 17 f., 24
– Revision des -s 26 87, 31 64
Nebenklageverfahren 26 79 ff.
ne bis in idem 14 13, 18, 25 32
– und SDÜ 35 37 ff.
– und Wiederaufnahme des Verfahrens 33 19
Negativmitteilung 17 22
nemo-tenetur-Grundsatz 6 9, 20 ff.
Nichteröffnungsbeschluss 16 24 ff.
Nicht-Inbegriffs-Rüge 31 31
Nichtöffentlich ermittelnde Polizeibeamte (NOEP) 8 120, 21 119, 123, 125
Notstaatsanwalt 4 37
Observation 8 77 ff., 101 f.
Öffentliche Klage
– besondere Formen 10 5 f., 26 4 ff.
– Erhebung 4 16 f., 10 2 ff., 14 18, 26 4 ff.
– Umgestaltung 25 8 ff.
Öffentliches Interesse 4 13, 9 37, 10 14, 18 f., 14 15
Öffentlichkeitsfahndung 8 174, 179
Öffentlichkeitsgrundsatz 3 7 f., 17 36 ff., 18 1, 26, 21 108, 135
– Verstoß gegen 31 47 ff.
Offizialmaxime 4 12 ff.
OLAF 35 31 f.
Online-Durchsuchung 8 100, 167
Opferentschädigung 26 104
Opferschutz 26 102
Opportunitätsprinzip 10 11, 26 38

Stichwortverzeichnis

- Ordnungsgeld 12 77, 21 27
- Personalbeweis 21 1, 112, 33 18
- Pflichtverteidiger 6 12, 7 3, 27 ff.,
9 52, 17 30
- als Zeuge 21 14 f.
- Polizeibeamte, nicht öffentlich ermit-
telnde 8 120, 21 119, 123, 125
- Polizeilicher Aufgabendualismus 5 30
- Präjudizienbindung der StA 5 16 f.
- Privatklagedelikt 4 13, 14 15, 26 66
- Klageerzwingungsverfahren bei 11 6
 - Untersuchungshaft bei 9 37
- Privatklageverfahren 26 63 ff.
- beschleunigtes Verfahren im 26 48
 - Rechtsmittel 26 78, 28 17 f., 24 f.
- Probationsverfahren 33 7
- Protokoll der Hauptverhandlung 3 8,
17 28, 51, 31 27
- Protokollrüge 31 28
- Prozessgegenstand 4 17, 25 1 ff.
- Prozesshandlungen 15 1 ff.
- doppelfunktionelle 15 2
- Prozesshindernisse 14 2, 27 ff.
- endgültige 14 27 ff.
 - Prozessurteil 24 2, 6, 22
 - vorübergehende 14 27 ff., 16 28 ff.
- Prozessurteil 14 2, 24 2, 4, 6, 10, 22
- Prozessverschleppung 22 38, 52 f.
- Prozessvoraussetzungen 14 1 ff.
- negative 14 2
 - positive 14 2
- Quälerei 6 39
- Rasterfahndung 8 8 ff.
- Raumgespräche 8 88
- Rechtliches Gehör 4 26, 6 10, 16 3,
17 3, 29
- Grundsatz des -s 18 1, 18 ff.,
21 108, 136
- Rechtsbehelfe 28 1 ff.
- außerordentliche 3 13, 28 4, 10 f.
 - förmliche 28 4 ff.
 - formlose 28 2 f.
 - gegen Eröffnungsbeschluss 16 10
 - gegen Haftbefehl 9 53 ff.
 - gegen Strafbefehl 26 20 ff.
 - gegen Strafvollstreckung 27 14 ff.
 - ordentliche 28 4 ff.
 - Zwischen- 28 9
- Rechtsfolgenausspruch 24 19
- Rechtshängigkeit 14 14, 16 4, 26 31 f.,
49
- Rechtskraft 3 2, 10, 14, 25 11, 27 ff.,
27 4, 28 11
- bei Adhäsionsantrag 26 95
 - bei Strafbefehlsverfahren 26 33 ff.
 - Durchbrechung der 25 35, 28 11,
33 1, 10
 - entgegenstehende 14 13
 - formelle 25 28 ff.
 - materielle 25 11, 31 ff.
 - und Tat im prozessualen Sinne
25 11, 38 ff.
 - von Beschlüssen 25 36 f.
- Rechtskreistheorie 23 12 f., 31 22
- Rechtsmissbrauch 28 36
- Rechtsmittel 28 6 ff., 12 ff.
- bei Ablehnungsgesuch 13 23 f.
 - Beschwer 28 19 ff., 30 4, 31 6,
32 12 f.
 - des Nebenklägers 26 87
 - des Privatklägers 26 78
 - gegen Aufhebungsbeschluss 9 67
 - im Jugendstrafverfahren 28 17 f.
 - rechtsmissbräuchliche Einle-
gung 28 36
 - Rücknahme 28 30 ff., 30 9, 31 12,
32 1
 - Wechsel 31 7 f.
- Rechtsmittelbelehrung 3 8, 24 26
- Rechtsmittelverfahren 3 1, 11 f.
- Rechtsmittelverzicht 28 30 ff., 30 8,
31 12, 32 1
- Unwirksamkeit 15 10 ff., 19 11
- Rechtsquellen 2 1 ff.
- reformatio in peius 26 28, 30 28,
31 53, 68, 32 1, 33 13
- Reihengentest 8 54
- Reihentest 8 42
- Remonstrationspflicht 5 15

Stichwortverzeichnis

- Revision 3 11 f., 28 6, 12 ff., 31 1 ff.
– absolute -sgründe 31 21, 32 ff.
– des Nebenklägers 26 87, 31 64
– Erstreckung auf Mitverurteilte 31 65 f.
– nach beschleunigtem Verfahren 26 62
– relative -sgründe 31 19 f., 29 ff.
– Rügepräklusion 17 14, 23, 31 23 ff.
– Sachrüge 31 9, 14, 52 ff.
– -santrag 31 9 ff.
– Sprung- 3 12, 31 2 ff.
– Verfahrenshindernisse 31 14 f.
– Verfahrensrüge 31 9, 14, 16 ff.
- Richter
– Ablehnung von -n 13 11 ff., 31 36
– als Notstaatsanwalt 4 37
– als Zeuge 21 9, 33, 60 ff.
– Ausschließung von -n 13 3 ff., 13, 31 35
– Befangenheit 13 12, 14 ff., 31 36
– gesetzlicher 12 1 ff., 13 2, 18 17
– Unabhängigkeit 18 1, 12 ff.
- Richterliche Überzeugung 23 55 ff.
- Richterliche Unabhängigkeit 18 1, 12 ff.
- Richtervorbehalt 4 33 f., 9 41, 23 30
- Rubrum 24 30
- Rügepräklusion 17 14, 23, 31 23 ff.
- Rügeverlust 17 14, 23, 31 23 ff.
- Sachaufsichtsbeschwerde 28 2 f.
- Sachbeweis 21 1
- Sachrüge 31 9, 14, 52 ff.
- Sachurteil 14 2 f., 24 2, 4 ff., 18 f.
- Sachverständiger 17 34, 21 1, 78 ff.
– als Zeuge 21 86, 91
– Rechte und Pflichten 21 87
- Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) 35 1, 6 f., 36 ff.
- Schengener Informationssystem (SIS) 35 42 f.
- Schleppnetzfahndung 8 4 ff.
- Schlussvorträge 5 6, 20 3, 21 136, 22 26, 30 25
- Schöffe 12 74 ff.
– Ausschließung und Ablehnung von -n 13 25
– Ersatzschöffe 12 77
- Schöffengericht 12 5 f., 14 f.
– erweitertes 12 6
- Schuldpruch 24 19
- Schutzzwecktheorie 23 14 f.
- Schweigerecht des Beschuldigten 4 27, 6 9, 31 31
- Schwere der Tat 7 30, 9 26 f., 83
- Schwurgericht 12 5, 7, 17, 20, 75
- Selbstablehnung eines Richters 13 17
- Selbstanzeige 4 2
– eines Richters 13 17
- Selbstgespräch 23 52
- Selbstleseverfahren 21 101
- Sicherstellung
– dem Verfall unterliegender Gegenstände 8 149
– der Einziehung unterliegender Gegenstände 8 149
– von Beweismitteln 8 134 ff.
– von Postsendungen 8 145
- Sicherungsverfahren 10 6, 8, 14 10, 26 36 ff.
- SIRENE 35 43
- Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft 17 27
– als Zeuge 21 10 ff., 31 40
- Sperrberufung/-revision 28 27
- Spontanäußerung 6 25
- Sprungrevision 3 12, 31 2 ff.
- Staatsanwalt
– Ablehnung eines -s 5 18 ff.
– als Zeuge 21 10 ff., 31 40
- Staatsanwaltschaft 4 25, 5 1 ff.
– als Vollstreckungsorgan 27 3
– Eilkompetenz 4 33 f.
– Rechtsmittelbefugnis 5 7, 28 17 f., 23
– Sitzungsvertreter 17 27
- Staatsschutzkammer 12 5, 7, 18, 20
- Steuer-CD 23 37

Stichwortverzeichnis

- Strafantrag 4 1, 4 ff., 14 15
- Strafanzeige 4 1, 2, 6
- Beurkundung 4 3
 - Form 4 3
- Strafbefehl 10 4, 26 1 ff.
- Einspruch gegen 26 20 ff., 28 9
 - Rechtskraft 26 33 ff., 27 4
 - Wiederaufnahme des Verfahrens 33 2, 16 f.
- Strafkammer
- besondere 12 5, 7, 17 ff.
 - große 12 5, 7, 16 ff., 48
 - kleine 12 43
- Strafklageverbrauch 10 9, 16 27, 25 11, 32, 34, 26 34
- bei Nichteröffnung des Hauptverfahrens 16 27
 - bei Verfahrenseinstellung 10 14, 17, 21
- Strafrichter 12 5, 6, 14 f.
- Strafsache 12 32
- Trennung und Verbindung von zusammenhängenden -n 12 31 ff.
- Strafsenat 12 5, 8, 50
- Strafvereitelung 7 8, 24, 8 118, 142, 159, 12 33, 21 30 f.
- Strafverlangen, behördliches 14 15
- Strafvollstreckungskammer 27 11
- Strafvollzug 27 1 f.
- Strengbeweisverfahren 14 4, 21 3, 5
- Stufentheorie 21 126 ff.
- Substitutionsrecht 5 12
- Sühneversuch 26 70 f.
- Suspensiveffekt 28 8, 32 2
- Tagebuchaufzeichnungen 23 47, 51
- Tatbegriff
- faktischer 25 15
 - gemischt faktisch-normativer 25 16
 - materiellrechtlicher 25 12
 - prozessualer 25 1 ff.
- Tatidentität 7 21
- Tatsache 20 6, 21 83
- allgemeinkundige 20 16 f., 22 41
 - als wahr unterstellte 22 38, 48 ff.
 - Anknüpfungs- 21 83 f.
 - bedeutungslose 22 38, 42 f.
 - Befund- 21 83, 85
 - beweisbedürftige 20 5, 15
 - gerichtskundige 20 16, 18, 22 41
 - Haupt- 20 7 f.
 - Hilfs- 20 7, 12
 - Indiz- 20 7, 9 ff.
 - neue – als Wiederaufnahme- grund 33 18
 - offenkundige 20 15 ff., 22 41, 31 53
 - Rechts- 33 18
 - schon erwiesene 22 38, 45
 - Zusatz- 21 83, 86
 - Zweifel über 23 68 ff.
- Tatverdacht
- dringender 9 7 f.
 - hinreichender 10 2, 16 5 f.
- Täuschung 6 41, 15 8
- Teilfreispruch 24 21
- Telekommunikationsüberwachung 8 81 ff., 23 24
- Telekommunikationsverbindungsdaten, Auskunft über – 8 94 ff.
- Tenor des Urteils 24 31
- Termin
- bei Prozesshandlung 15 17
 - -sbestimmung für die Hauptverhandlung 17 3
- Transparenzpflicht 17 22, 19 12
- Trennbarkeitsformel 30 20
- Überhaft 9 39
- Überzeugung, richterliche 23 55 ff.
- Unbrauchbarmachungsverfahren 10 6
- Unmittelbarkeitsgrundsatz 21 100, 108 ff.
- Unschuldsumutung 18 1, 3 ff.
- und Untersuchungshaft 9 2, 31, 87
- Unterbrechung der Hauptverhandlung 17 52, 31 31
- Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus 4 33
- vorübergehende – zur Vorbereitung einer Untersuchung 8 46
 - zur Beobachtung 8 69 ff.

Stichwortverzeichnis

- Unterschrift 15 15, 16 20 f., 24 29, 34
Untersuchungsgrundsatz 4 22
Untersuchungshaft 9 1 ff.
– Vollzug 9 85 ff.
– Vollzugsaussetzung 9 79 ff.
Urkundenbeweis 21 1, 97 ff., 103, 22 14
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle 17 28
– Ausschließung und Ablehnung 13 25
Urteil 24 1 ff., 10, 11 ff.
– abgekürztes 24 33
– Beratung 17 25, 24 1, 12, 14 f.
– Berichtigung des -s 24 35 ff.
– Beruhen auf Verfahrensfehler 31 16 ff.
– Einstellungs- 26 23
– Nichtigkeit 24 41
– -sfindung 24 12 ff.
– -surkunde 24 12, 27 ff.
– Unterschrift 24 34
– Verkündung 3 8, 17 25, 41, 24 1, 12, 16 ff.
Urteilsformel 24 12, 16 ff.
– Berichtigung 24 35 ff., 40
Urteilsgründe 24 12, 16, 24 ff., 33
– Berichtigung 24 39 f.
– fehlende 24 25, 31 49
– fehlerhafte 31 53
– Fristüberschreitung 24 28, 31 49
Verdachtsstrafe 9 26
Verdeckter Ermittler (VE) 8 120 ff., 21 119, 122, 125
– Einsatz 8 122 ff., 23 25
– Verwertbarkeit gewonnener Beweise 8 129 f.
Verdunkelungsgefahr 9 23 ff.
Vereidigung
– des Sachverständigen 21 94
– des Zeugen 21 24, 32, 65, 73 ff.
Vereidigungsverbot 21 32, 31 31
Verfahren
– objektives 26 100
– subjektives 26 97
Verfahrensdauer
– angemessene 18 8
– überlange 14 21, 18 9
Verfahrenseinstellung
– aufgrund Verfahrenshindernisses 16 12 f., 24 6, 22
– bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen 10 18 ff.
– mangels hinreichenden Tatverdachts 5 4, 10 8 ff.
– teilweise 24 22
– vorläufige 16 28 ff.
Verfahrenseinstellung aus Opportunitätsgründen 5 4, 10 11 ff., 16 32
– im Klageerzwingungsverfahren 11 14
– Klageerzwingungsverfahren bei 11 6
Verfahrensfehler, Rüge von -n 31 9 f., 14, 16 ff.
Verfahrensgang 3 1 ff.
Verfahrensgegenstand 4 17, 25 1 ff.
Verfahrenshindernis 14 2, 27 ff.
– als Revisionsgrund 31 14 f.
– endgültiges 14 27 ff.
– Verfahrenseinstellung aufgrund 16 12 f., 28 ff.
– Verfahrenseinstellung aufgrund -ses 24 6
– vorübergehendes 14 27 ff., 16 28 ff.
Verfahrensidentität 7 20, 21
Verfahrensprinzipien 18 1 ff.
Verfahrensrüge 31 9, 16 ff.
Verfahrenssicherung 8 150, 9 1 f., 31
Verfahrenstrennung 12 31 ff.
Verfahrensverbindung 12 31 ff.
Verfallsverfahren 10 6, 26 96 ff.
Verfassungsbeschwerde 3 13, 28 10
Verfolgungsbeschränkung 10 22 ff.
Verfügung, gerichtliche 24 2, 11 f.
Verhältnismäßigkeitsprinzip 18 1, 10
– und Prozesshindernis 14 23 ff.
Verhandlungsfähigkeit 14 10, 15 3
Verhandlungsgrundsatz 20 19 f.

Stichwortverzeichnis

- Verhandlungsunfähigkeit 14 10, 16 30, 26 36 ff.
– sich in – versetzen 9 20
Verhör des Zeugen 21 72
Verjährung
– als Verfahrenshindernis 14 12
– als Vollstreckungshindernis 27 4
Verkehrsdaten 8 94 ff.
Verkehrszentralregister 27 26
Verlesung
– von Vernehmungprotokollen 21 51, 112 ff.
Verletzter einer Straftat 11 5 f., 26 68, 102
– Legaldefinition 26 102
– Rechte 17 16, 26 79 f., 82, 91, 102
Vermögensbeschlagnahme 26 101
Vernehmung des Angeklagten 17 21 ff.
Vernehmung des Beschuldigten 4 26 ff., 6 23 ff., 21 93
Vernehmungsbegriff 6 24 ff.
Vernehmungsperson als Zeuge 21 60 ff.
Vernehmungsprotokoll
– Verlesung 21 112 ff.
– Verlesungsverbot 21 51 ff., 31 31
Vernehmung von Sachverständigen
– im Ermittlungsverfahren 4 29
– in der Hauptverhandlung 21 94 ff.
– kommissarische 17 11
Vernehmung von Zeugen 4 29, 17 33, 21 65 ff.
– Belehrung 17 20, 21 65 f.
– kommissarische 17 11
– Vereidigung 21 24, 32, 65, 73 ff.
– Videotechnik bei 21 113, 131 ff., 22 48
– zur Person 21 65, 67 f.
– zur Sache 21 65, 69 ff.
Versäumnisurteil 30 26
Verständigung 17 22, 19 1 ff., 24 33
– Rechtsmittelverzicht 28 30
– Verfahrensverstöße im Rahmen einer 31 31
Verteidiger 7 1 ff.
– als Zeuge 21 13 ff.
– Ausschluss 7 24 ff.
– freier Kontakt mit 7 16 f.
– Konsultationsrecht des Beschuldigten 4 27
– Pflichten 7 3, 7, 17 30
– Recht auf einen 6 12, 7 1 f.
– Rechte 7 7, 11 ff., 17 30, 22 28, 28 17 f.
– Rechtsmittelbefugnis 28 17 f.
– Sicherungs- 7 40
– Stellung im Verfahren 7 4 ff.
Verteidigung 7 2, 20, 31 50 f.
Verteidigungsbegriff
– formeller 7 2
– materieller 7 2
Vertrauensleute (V-Leute) 21 119, 125
Verwirkung
– von Rechtsmitteln 28 37
– von Verfahrensrügen 31 26
Verzicht
– auf Beachtung von Verfahrensvorschriften 31 25
Videoaufzeichnungen von Vernehmungen 21 113, 131 f.
Videoübertragung einer Vernehmung 21 131, 134, 22 48
V-Leute 21 121, 22 48
Vollstreckungsbeschwerde 27 18, 20
Vollstreckungshaftbefehl 9 45
Vollstreckungshindernisse 27 4
Vollstreckungsverfahren 3 1, 14 f., 27 1 ff.
Vorführung 9 49
Vorführungsbefehl 4 27, 17 29
Vorhalt 21 114
Vorrang des Unionsrechtes 35 22
Vorschaltbeschwerde 11 8 f.
Vorschaltverfahren 33 4
Vorteilsversprechung 6 45
Wahlverteidiger 7 3, 19 ff., 17 30
Wahrheitspflicht des Zeugen 21 24, 29, 31
Weisungsrecht
– ggü. Beamten der StA 5 13 f.

Stichwortverzeichnis

- ggü. Polizeibeamten 5 28, 32
- Widerklage 26 75
- Widerspruchslösung 23 18
- Wiederaufnahme des Verfahrens 3 13, 26 35, 28 10, 33 1 ff.
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 15 22 f., 26 35, 28 10
- Wiederholungsgefahr 9 28 ff.
- Wirtschaftsstrafkammer 12 5, 7, 19 f.
- Wohnraumüberwachung, akustische 8 108 ff.
- Zeuge 21 1, 6 ff.
 - Angehörige des öffentlichen Dienstes 21 34, 23 22
 - Auskunftsverweigerungsrecht 21 37, 50, 55 ff., 23 28
 - Auslands- 22 57
 - Aussagepflicht 21 24, 29 ff.
 - Durchsuchungs- 8 169
 - Eidespflicht 21 24, 32
 - Rechte und Pflichten des -n 17 33, 21 24 ff.
 - sachverständiger 21 82
 - unerreichbarer 22 38, 47 f.
 - vom Hörensagen 21 115 ff.
 - Wahrheitspflicht 21 24, 29, 31
- Zeugenbeweis 21 1, 6 ff., 22 14
- Zeugenschutz 21 76 f., 26 103
- Zeugnisfähigkeit 21 7 ff.
- Zeugnisverweigerungsrecht 21 37 ff., 23 20 f.
 - fehlende Belehrung über 23 26 ff., 31 31
 - nachträgliche Ausübung 21 51 ff.
 - Verlesungsverbot von Vernehmungsprotokollen 21 51 ff., 31 31
- Zufallserkenntnisse bei Telekommunikationsüberwachung 8 88
- Zufallsfunde bei Durchsuchung 8 171
- Zusammenhang von Strafsachen 12 33
- Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft 12 51
- Zuständigkeit des Gerichts 12 1 ff., 14 5 ff.
 - Aufgaben im Rahmen der Strafvollstreckung 27 8 ff.
 - funktional 12 63 ff.
 - in Rechtsmittelsachen 12 43 ff., 28 12
 - örtlich 12 51 ff.
 - Verstoß gegen 12 25 ff., 30 12 ff., 31 37 f.
- Zuständigkeitsperpetuierung 12 29
- Zwang, verbotener 6 43
- Zwangsmaßnahmen 8 1 ff.
- Zwischenverfahren 3 1, 5 f., 16 1 ff., 26 72